

Für eine blühende Zukunft
Zukunftsprogramm
2014 – 2019

Vorarlberg
zuerst.



Die Heimatpartei.



Inhalt im Überblick

Vorwort LPO Dieter Egger	05
Arbeit und Wohlstand sichern, Wirtschaft entlasten	06
Leistbares Wohnen	08
Raumplanung – gleiches Recht für Alle	10
Verkehr bewältigen – Mobilität fördern	11
Integration offen einfordern	13
Sicheres Vorarlberg	15
Soziale Sicherheit	18
Familien sind der Kern unserer Gesellschaft	20
Bildungschancen sichern	22
Gesundheitsversorgung sichern	24
Unsere Jugend – unsere Zukunft	26
Anerkennung für unsere älteren Mitmenschen	27
Mit Stolz Frau sein	29
Sport als Gesundheitsmotor	30
Kultur als Ausdruck der eigenen Identität	31
Für ein Europa der Regionen	33
Eigenständiges Land – starke Demokratie	35
Starkes Land durch Bauernhand	37
Die Zukunft ist «erneuerbar»	39
Umwelt schonend nutzen – Tiere respektieren	41



Meine Vorstellungen für ein blühendes Vorarlberg.

- ☀ Ein Vorarlberg, das allen Kindern Bildungschancen eröffnet, ihre Talente fördert und kein Kind «auf der Strecke» lässt.
- ☀ Ein Vorarlberg, in dem Migranten die Landessprache beherrschen, eine gute Ausbildung haben, unsere Werte respektieren und sich in unsere Gesellschaft einbringen.
- ☀ Ein Vorarlberg, das unseren Kindern Sicherheit und Heimat bietet.
- ☀ Ein Vorarlberg, das alle gleich behandelt und in dem nicht das Parteibuch über Umwidmungen und Baugenehmigungen entscheidet.
- ☀ Ein Vorarlberg, das allen Menschen einen leistbaren Wohnraum sichert.
- ☀ Ein Vorarlberg, in dem sich Unternehmertum frei und unbürokratisch entfalten kann und die Unternehmen eine hohe soziale Verantwortung wahrnehmen.
- ☀ Ein Vorarlberg, das Menschen in Not rasch und unbürokratisch hilft, aber auch den Missbrauch von Sozialleistungen bekämpft.
- ☀ Ein Vorarlberg, das in der Energieversorgung möglichst unabhängig, sicher und sauber ist.
- ☀ Ein Vorarlberg, das eine regionale Landwirtschaft fördert und wertschätzt – sowohl im Tal als auch im Bergland.
- ☀ Ein Vorarlberg, das ein faires Miteinander von Mensch, Tier und Umwelt lebt.
- ☀ Ein Vorarlberg, das gesellschaftliches und ehrenamtliches Engagement schätzt und unterstützt.

Euer



Dieter Egger

«Für ein Vorarlberg, in dem sich Unternehmertum frei und unbürokratisch entfalten kann und die Unternehmen eine hohe soziale Verantwortung wahrnehmen»

Steuerreform jetzt

In der Vergangenheit hat es keine Regierung zustande gebracht, eine Steuerreform auf die Beine zu stellen, die eine echte Entlastung für die Wirtschaft sowie für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sich gebracht hat. Wir fordern eine spürbare Senkung der Steuertarife mit dem Ziel eines Eingangsteuersatzes von max. 25 Prozent. Der kalten Progression muss durch eine automatische Anpassung der gesetzlichen Steuerstufen an die Inflation ein Ende gesetzt werden. Es kann nicht sein, dass der Unternehmer bereit ist, mehr Lohn ausbezahlen, welchen sich aber dann der Staat alleine einstreift. Ganz zu schweigen davon, dass damit wertvolle Kaufkraft verloren geht.



Wirtschaft entlasten, Klein- und Mittelbetriebe stärken

Vorarlbergs Klein- und Mittelbetriebe waren in der Vergangenheit der Garant für unseren Wohlstand. Um dies auch in Zukunft sicherzustellen, brauchen gerade sie sofortige Entlastungsmaßnahmen. Eine florierende und konkurrenzfähige Wirtschaft ist nur möglich, wenn die Bürger und die Unternehmer wieder freier über ihr Geld verfügen können. Mit Steuern, Abgaben und Gebühren müssen wir alle inzwischen mehr als die Hälfte des Jahres für den Staat arbeiten. Das kann auf Dauer nicht funktionieren!

Entlastung jetzt – Leistung muss sich wieder lohnen!

Wir fordern folgende Sofortmaßnahmen:

- Faktor Arbeit entlasten
- Verwaltungsreform umsetzen
- Bildungsreform vorantreiben
- Stärkung der betrieblichen Lehre – Einführung Blum-Bonus NEU
- Abschaffung von Bagatellsteuern (zB Werbeabgabe)
- Privates Beteiligungskapital steuerlich begünstigen
- Steuerfreiheit für reinvestierte Gewinne
- Wiedereinführung des Investitionsfreibetrages
- Vereinfachung von Betriebsübergaben
- Erhöhung der Abzugsfähigkeit bei geringwertigen Wirtschaftsgütern, verkürzte Abschreibungszeiten
- Lohnnebenkostensenkung und Vereinfachung der Lohnverrechnung

Stopp dem Bürokratiewahn

Bürokratische Auflagen verursachen unseren Betrieben immer mehr unbezahlte Stunden an sinnlosem Papierkrieg. Anstatt die Menschen arbeiten zu lassen, werden vom Staat Gesetze produziert, die keinem etwas bringen. Komplizierte Abrechnungssysteme, ein verwinkeltes Steuersystem, sinnloses Führen von Statistiken, die in irgendeiner Schublade verschwinden, überzogene Umwelt- und Sicherheitsauflagen, all dem muss ein Ende gesetzt werden. Wir wollen Eigenverantwortung statt staatlicher Regulierungs- und Bevormundungswut. Die Wirtschaft muss wachsen und nicht die Staatsbürokratie!

Professionelles AMS

Hohe Arbeitslosenzahlen erfordern eine weitere Professionalisierung im Bereich der Arbeitsvermittlung. Arbeitslose dürfen nicht einfach «verwaltet» werden und Schulungen sind am Bedarf der Wirtschaft auszurichten. Derzeit werden Arbeitssuchende oftmals in Schulungen «versteckt», an deren Sinnhaftigkeit gezweifelt werden muss. Wir fordern klare Regelungen für eine vollkommene Transparenz im Bereich der Auftragsvergabe, der Ergebnisverantwortlichkeit und der Qualitätssicherung bei den Kursangeboten des Arbeitsmarktservice.



Betriebsebene stärken

Um flexibel auf einen sich immer schneller wandelnden Markt reagieren zu können, muss die betriebliche Ebene gestärkt werden. In vielen Unternehmen werden flexible Arbeitszeiten auf Basis von Betriebsvereinbarungen bereits zur vollsten Zufriedenheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer gelebt. Kollektivverträge müssen zusammengeführt und Betriebsvereinbarungen auf rechtlich sicheren Boden gestellt werden. Eine weitere Forderung in diesem Zusammenhang ist die Einführung von Teilzeitkrankenständen nach Schweizer Vorbild als «Win-win-Situation» für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Mit starren Vereinbarungen und unflexiblen Modellen sind wir den Herausforderungen der Zukunft schlicht und einfach nicht gewachsen.

Tourismusland Vorarlberg

Der Tourismusarbeitsplatz ist der einzige Arbeitsplatz, der nicht ausgelagert werden kann und für unsere Talschaften ist der Wirtschaftszweig als Ganzes ein unverzichtbarer Arbeitgeber. Naturschutz ist notwendig und wichtig, aber wenn man – so wie von einzelnen Gruppierungen oder der Naturschutzanwaltschaft bewiesen – nicht bereit ist, das Positive im funktionierenden, schonenden Miteinander wahrzunehmen, dann wird aus vermeintlichem Schutz ein Schaden.

Wir lassen nicht zu, dass engagierte Menschen und ihre Existenzen einer penetranten Verhinderungs- und Blockadepolitik zum Opfer fallen und wirtschaftlich auf der Strecke bleiben.

Dafür treten wir ein:

- **Steuerreform jetzt: Netto mehr auf dem Lohnzettel!**
- **Verwaltungsreform umsetzen**
- **Bildungsreform vorantreiben**
- **Stärkung der betrieblichen Lehre – Einführung Blum Bonus NEU**
- **Bürokratiewahn stoppen**
- **Professionalisierung der Arbeitsvermittlung, Schulungen am Bedarf der Wirtschaft ausrichten**
- **Betriebsebene stärken, Flexibilität schaffen**
- **Potenzial Tourismus im Einklang mit der Natur nutzen, Verhinderungs- und Blockadepolitik bekämpfen**
- **Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur schaffen**
- **Aktive Raumplanungspolitik**

Das wollen wir in den nächsten 5 Jahren erreichen:

- **+ 15 % mehr Unternehmensneugründungen**
- **– 20 % weniger Arbeitslose gesamt**
- **– 25 % bei jugendlichen Arbeitslosen**
- **– 25 % bei Langzeitarbeitslosen**
- **Sommertourismuszahlen um 15 % steigern**
- **Abgabenquote unter 40 % drücken**
- **Verwaltungsausgaben um 15 % senken**

«Für ein Vorarlberg, das allen Menschen einen leistbaren Wohnraum sichert»

Kostentreiber anpacken

In den vergangenen Jahren wurden die gesetzlichen Vorschriften und Standards beim Wohnbau deutlich überzogen und diese Entwicklung ist auch maßgeblich für die Kostenexplosion im Wohnbau mitverantwortlich. Mittlerweile wird das auch von der Landesregierung so gesehen. Jetzt gilt es, diese Standards auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren.

Kritisch hinterfragt werden muss auch die Rolle und die Macht des Energieinstituts. Fakt ist, dass gerade das Energieinstitut die vergangenen Jahre verschärfte Öko- und Energiestandards propagiert hat und nach wie vor an der Glorifizierung des kostenintensiven Passivhauses festhält, obwohl gerade diese Häuser die Energiewerte nur auf dem Papier, aber nicht in der gelebten Praxis erfüllen können.

Wir wollen den Wohnbau dadurch leistbar gestalten, indem die immer enger gefassten Ökologisierungsschranken abgebaut werden und der auch vom Landes-Rechnungshof bereits 2012 kritisierte Passivhauswahn einem vernünftigen Denken hin zu einer verträglichen Niedrigenergie-Strategie im Wohnbau weicht.

Die Leistbarkeit von adäquatem Wohnraum ist ein elementares Grundbedürfnis der Bevölkerung, um das wir uns umfassend und ohne Scheuklappen kümmern müssen. Ein Festhalten an praxisfremden Ökostandards und überzogenen Vorschriften hat dabei ebenso wenig verloren, wie das Belasten von Grundeigentümern über neue Steuern.



Mehr Regionalität im sozialen Wohnbau

Sozialer Wohnraum spielt für mehr und mehr Menschen in Vorarlberg eine immer wichtigere Rolle.

Wir weisen seit Jahren darauf hin, dass es im gemeinnützigen Wohnbau nicht nur einer ausgewogenen sozialen Durchmischung bedarf, sondern es auch das Ziel sein muss, eine über das Land verteilte Angebotsstruktur an gemeinnützigen Wohnungen zu erreichen.

Wir wollen mehr Regionalität im sozialen Wohnbau schaffen. Dabei sind kleinere Anlagen dem Bau von Großanlagen vorzuziehen, nicht zuletzt deshalb, weil dadurch die Gefahr von «Ghetto»-Wohnanlagen, die sich zu Brennpunkten mit Konfliktpotential entwickeln können, gebannt ist. In diesem Zusammenhang treten wir auch für eine 30%ige Beschränkung des Ausländeranteils im sozialen Wohnbau ein.

Einheitliche Vergabe von gemeinnützigen Wohnungen

Aktuell gibt es im Bereich der Vergabe von gemeinnützigen Wohnungen in den jeweiligen Standortgemeinden äußerst unterschiedliche Vorgehensweisen, eine Koordination zwischen den Gemeinden findet in der Regel nicht statt und Mehrfachanmeldungen von Wohnungssuchenden sind an der Tagesordnung.

Wir konnten erreichen, dass bis Herbst 2014 einheitliche und für alle Standortgemeinden gleichsam geltende Vergabebestimmungen mit festgelegten Kriterien geschaffen werden. Mit einer einheitlichen Vergabepaxis und transparenten Vergabebestimmungen würde der Weg frei gemacht für eine regionale Betrachtung des Wohnbedarfs und eine verbesserte Koordination zwischen den Gemeinden. Mittelfristig halten wir es für zielführend, die Vergabe von gemeinnützigen Wohnungen nicht mehr von jeder Gemeinde einzeln durchzuführen, sondern diese einer regionalen Betrachtung zu unterziehen.

Mietrecht verändern – mehr Flexibilität schaffen

Experten gehen davon aus, dass landesweit 5.000 – 7.000 Mietwohnungen nicht am Markt sind, weil die Vermieter verständlicherweise nicht bereit sind, die restriktiven Auflagen des Mietrechtes zu erfüllen. Mit mehr Flexibilität im Mietrecht könnte der Wohnungsmarkt durch eine Ausweitung des Angebots an Mietwohnungen spürbar belebt und der sich aufwärts drehenden Preisspirale entgegenge- wirkt werden. Wir treten daher für eine länderspezifische Gestaltung des Mietrechtsgesetzes ein, um aktiv auf die Entwicklung im Mietsektor eingreifen zu können.



Immobilienverkehrssteuer zurücknehmen

Eine aktuelle Studie zu den Kostentreibern im Vorarlberger Wohnbau kommt zum Ergebnis, dass die Grundstückspreise in kürzester Zeit um 25 bis 35 Prozent gestiegen sind. Diese Entwicklung führt immer mehr dazu, dass die Schaffung von leistbarem Wohnraum kaum mehr finanzierbar ist.

Die im Zuge eines Belastungspaketes der Bundesregierung eingeführte sogenannte Immobilienverkehrssteuer führt zu höheren Grundstückspreisen und ist ein wesentlicher Kostentreiber im Bereich des leistbaren Wohnens. Wir fordern daher die Rücknahme dieser Steuer.

Dafür treten wir ein:

- **Kostentreiber im Wohnbau anpacken – NEIN zu überzogenen Öko- und Sicherheitsstandards**
- **Auch vom Energieinstitut abweichende Expertenmeinungen ernst nehmen**
- **Mehr Regionalität im sozialen Wohnbau**
- **Beschränkung des Ausländeranteils im sozialen Wohnbau pro Anlage mit max. 30 %, gute soziale Durchmischung**
- **Einheitliche Vergabe von gemeinnützigen Wohnungen, mehr regionales Denken bei der Vergabe**
- **Mietrecht verändern und entrümpeln – Wohnungen dem Markt zuführen**
- **Immobilienverkehrssteuer zurücknehmen**
- **Schaffung eines Bodenfonds**

Das wollen wir in den nächsten 5 Jahren erreichen:

- **+ 500 gemeinnützige Neubauwohnungen jährlich**
- **+ 5.000 bis 7.000 private Mietwohnungen durch Verlängerung und Flexibilisierung des Mietrechts**
- **Einheitliche Wohnungsvergabe**

«Für ein Vorarlberg, das alle gleich behandelt und in dem nicht das Parteibuch über Umwidmungen und Baugenehmigungen entscheidet»

Politische Willkür verhindern

Wir haben zwar in der Verfassung den «Schutz des Eigentums» verankert, aber die Praxis sieht in vielen Fällen anders aus. Der Ermessensspielraum für Bürgermeister in Baurechts- und Flächenwidmungsfragen ist eindeutig zu groß, die Rechte der Grundeigentümer zu klein. Damit wird politischer Willkür Tür und Tor geöffnet und immer wieder müssen wir feststellen, dass es nach wie vor «Gleiche und Gleichere» in diesem Land gibt.



In der Vergangenheit haben wir kontinuierlich auf vorhandene Ungerechtigkeiten im Raumplanungsgesetz aufmerksam gemacht und eine Novellierung des Gesetzes durchgesetzt. Es gibt nun für Grundbesitzer ein Antragsrecht auf Widmung ebenso wie ein Berufungsrecht gegen Widmungsentscheidungen. Ein unabhängiger Sachverständigenbeirat (USR), dessen Mitglieder weder Landes- noch Gemeindebedienstete sein dürfen, kann sich zudem mit strittigen Widmungsfragen auseinandersetzen. Dennoch kommt es vor, dass sich mit absoluter Mehrheit geführte Gemeinden darüber hinwegsetzen – das kann es nicht sein.

Wir wollen Eigentum schützen und die Mitbestimmung und das Recht auf Gleichbehandlung der Bürger stärken. Auch die Rolle und die Macht von Gestaltungsbeiräten muss kritisch hinterfragt werden, da deren Auflagen und Wünsche oftmals zu erheblichen Kostensteigerungen für die Bauherren führen können.

Freunderwirtschaft beenden – Befangenheit neu regeln

Immer wieder kommt es vor, dass bei Grundstücksumwidmungen persönlich betroffene Gemeindefunktionäre in die Beschlussfassung mit eingebunden waren bzw sind.

Wir fordern im Sinne der Transparenz, dass Einzelwidmungen, bei denen kein Planaufgabeverfahren nach dem Raumplanungsgesetz vorgesehen ist, der Befangenheitsregelung nach dem Gemeindegesetz unterworfen werden.

Widmungsangelegenheiten sind in jeder Gemeinde «heiße Themen» und der Bürger hat in diesem Bereich zu Recht kein Verständnis für «Freunderwirtschaft» und die Möglichkeit der Bevorzugung eines bestimmten Personenkreises.

Dafür treten wir ein:

- **Politische Willkür verhindern – Eigentümerinteressen stärken**
- **Kein architektonisches Geschmacksdiktat durch Sachverständige**
- **«Freunderwirtschaft» beenden – Befangenheitsbestimmungen neu regeln**
- **Verbindliche Durchsetzung von USR-Gutachten**

Das wollen wir in den nächsten 5 Jahren erreichen:

- – **35 % weniger Interventionsfälle der Volksanwaltschaft im Bereich Baugesetz**
- – **35 % weniger Interventionsfälle der Volksanwaltschaft im Bereich Raumplanung**

«Verkehr bewältigen – Mobilität fördern»

Bauen statt Stauen

Nach wie vor sind die Bewohner des Unteren Rheintales mit äußerst prekären Verkehrsproblemen konfrontiert, die immer noch auf eine nachhaltige Lösung warten.

Im Herbst 2006 wurde das konsensorientierte Planungsverfahren «Mobil im Rheintal» eingeleitet und im November 2011 der Endbericht vorgelegt. Daraus haben sich letztendlich zwei Straßen-Alternativen zur abschließenden Prüfung herauskristallisiert: die so genannte Ost-Variante (CP) und die so genannte Z-Variante.

Besonders gegen die Z-Variante machen Naturschutzorganisationen bereits mobil, schon jetzt ist eine Klagsdrohung zu befürchten. Es ist ernüchternd, immer wieder feststellen zu müssen, dass ohne Rücksicht auf die berechtigten Anliegen der betroffenen Bevölkerung eine Blockadehaltung eingenommen wird.

Von der Wartespur auf die Überholspur

Wir wollen nach Vorliegen der vertieften Untersuchungen rasch in einen Umsetzungsprozess eintreten und dabei auch die betroffene Bevölkerung über den Weg einer Volksbefragung in die Trassen-Entscheidung einbinden.

Die verkehrsgeplagte Bevölkerung im Unteren Rheintal hat genug gewartet. Wir müssen endlich von der Wartespur auf die Überholspur.



Kontinuität bei den «Öffis»

Die Steigerungszahlen beim Ticket- bzw. Jahreskartenverkauf unterstreichen die hohe Bereitschaft der Bevölkerung zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel.

Derzeit investieren die ÖBB in die Modernisierung der Bahnstrecken sowie der Bahninfrastruktur. Gleichzeitig ist der Vorarlberger Verkehrsverbund bemüht, Qualität und Service sicherzustellen.

Kritik von Busbenutzern kommt jedoch immer wieder in Bezug auf Fahrplanänderungen und das Auflösen von Streckenführungen. In dieser Beziehung muss mehr auf Verlässlichkeit hinsichtlich des bestehenden Angebots gesetzt werden. Auch was Fahrzeit, Pünktlichkeit und Fahrtenhäufigkeit anbelangt, kann man in Vorarlberg noch Optimierungsschritte setzen.

Kurze Wege zur A14

Mit der 2013 erfolgten Verkehrsfreigabe des Autobahn-Vollanschlusses Klaus wurde eine langjährige FPÖ-Forderung umgesetzt. Wir sind aber, was die Anschlussstellen-Infrastruktur an der A14 anbelangt, noch lange nicht am Ende des Weges – hier gilt es konsequent weiter zu arbeiten.

In den vergangenen Jahren haben sich die Betriebsgebiete entlang der Autobahn auch in anderen Bereichen entlang der A14 äußerst positiv entwickelt. Ziel muss es daher sein, das unter freiheitlicher Ressortverantwortung bereits vor Jahren entwickelte Anschlussstellen-Konzept für die Rheintalautobahn umzusetzen.



Sicherheit hat Vorrang

Der zweispurige Abschnitt der S16 Arlbergschnellstraße ist hinsichtlich der Verkehrssicherheit nach wie vor eine Problemstelle im hochrangigen Straßennetz in Vorarlberg.

Will man die schweren Gegenverkehrsunfälle auf der S16 Arlbergschnellstraße verlässlich ausschalten, ist ein richtungsgetrennter Ausbau des Streckenabschnittes zwischen Bludenz und dem Da-laaser Tunnel dringend notwendig.

JA zum Stadttunnel Feldkirch

Seit Jahren leidet die Feldkircher Bevölkerung unter der Verkehrsbelastung durch das Stadtgebiet und wartet auf eine Entlastung.

In einem dreijährigen, breit mit der Bevölkerung durchgeführten Planungsprozess wurde eine Tunnellösung entwickelt. Die Bevölkerung von Feldkirch hat ein Recht darauf, dass nach einer langen Planungsphase möglichst rasch die Umsetzungsphase kommt.

Wir nehmen den erklärten Willen der staugeplagten Menschen auf Entlastungsmaßnahmen ernst und werden uns weiterhin konsequent für eine rasche Umsetzung des Stadttunnels einsetzen.

Verkehr muss fließen

Die immer wieder auftretenden Stauprobleme im Raum Bludenz am Eingang ins Montafon sind bis dato ungelöst geblieben. Staus gehören seit geraumer Zeit zur Tagesordnung im Süden unseres Landes.

Experten bestätigen, dass eine dauerhaft wirksame Vermeidung der Staus in dieser Region mit einem Ausbau der S16, der Verlängerung

des Abbiegestreifens bei der Anschlussstelle Bludenz/Montafon, einer Vorrangänderung bei der Einmündung der A14 sowie Verkehrsbeeinflussungsanlagen entlang der Rheintalautobahn erzielt werden können.

Dafür treten wir ein:

- **Bau einer leistungsstarken Straßenverbindung zwischen Vorarlberger und Schweizer Rheintal**
- **Kontinuität und weitere Optimierungsschritte im ÖPNV**
- **Umsetzung A14 Anschlussstellenkonzept**
- **Vierspuriger Ausbau S16**
- **Rascher Bau des Stadttunnels Feldkirch**
- **Entlastung Bludenz/Montafon**
- **Radwegenetz ausbauen**

Das wollen wir in den nächsten 5 Jahren erreichen:

- **Baubeginn des Stadttunnel-Projekts Feldkirch 2016**
- **Beginn der Behördenverfahren für die Z-Variante im nördl. Rheintal 2015**
- **Steigerung der ÖPNV-Nutzung um 15 %**
- **50 km mehr Radwege im Land**
- **A14-Anschlussstellenkonzept fertigstellen**
- **Entlastung Bludenz/Montafon 2015**

«Für ein Vorarlberg, in dem Migranten die Landessprache beherrschen, eine gute Ausbildung haben, unsere Werte respektieren und sich in unsere Gesellschaft einbringen»

Fördern und Fordern

Die Frage der Integration von Migrantinnen und Migranten ist und bleibt eine der zentralen Herausforderungen zur Sicherung des sozialen Friedens und der Zukunft unseres Landes. Das Hauptaugenmerk muss weiter auf den frühzeitigen Erwerb der deutschen Sprache gelegt werden – jedes Kind MUSS bei Schuleintritt die deutsche Sprache beherrschen. Dieses Ziel muss konsequent durch ein System des Förderns und Forderns verfolgt werden. Neben dem frühen Spracherwerb müssen vor allem die Themen Arbeitsmarkt, Wohnen und gesellschaftliche Teilhabe stärker angepackt werden.



Unsere Heimat – unsere Werte

Neben der sprachlichen Integration muss auch die Akzeptanz gegenüber unserer Wertegesellschaft und unserer Rechtsstaatlichkeit

eingefordert werden. Es muss uns gelingen, Migranten, besonders die türkischstämmigen, aus ihrer zum Teil nach wie vor bestehenden Parallelgesellschaft herauszuholen und die gesellschaftliche Teilhabe stärker zu «fördern und fordern».

Diese Parallelgesellschaft basiert auf anderen Traditionen, Werten und archaischen Strukturen. Großväter und Väter haben dort innerhalb der Familie das uneingeschränkte Sagen und bestimmen letztendlich über das Maß an Integration innerhalb der gesamten Familie.

Deutsch ist ein MUSS

Jedes Kind MUSS bei Schuleintritt die deutsche Sprache beherrschen. Neben der Frühförderung kommt dabei Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund eine große Verantwortung zu. Integration beginnt bei der Geburt. Wir fordern, dass Sprachförderung als wichtiges Element für chancengerechte Ausgangsmöglichkeiten in den Mutter-Kind-Pass aufgenommen wird, um Eltern frühzeitig auf ihre Pflicht und Verantwortung aufmerksam zu machen.

Die Eltern müssen einerseits in der Aufgabe des Spracherwerbs ihrer Kinder unterstützt und andererseits zur Kooperation verpflichtet werden. Bei Pflichtverletzung muss dies zu Konsequenzen, wie beispielsweise der Streichung von Sozialleistungen, führen. Eine erfolgreiche Bildungskarriere bedingt das Beherrschen der Unterrichtssprache und die Schule kann nicht alles wettmachen, was im Elternhaus verabsäumt wurde.

KEINE islamischen Machtsymbole

Die aus islamischen Kreisen hervorgegangene Forderung, im Land Moscheen samt Minarett bauen zu wollen, hat dazu geführt, dass sich viele Vorarlbergerinnen und Vorarlberger unwohl und fremd im eigenen Land fühlen.

Deshalb haben sich in einer landesweit durchgeführten Umfrage 65% unserer Bevölkerung für ein Bauverbot von Minaretten ausgesprochen. Diesen Auftrag haben wir ernst genommen und baurechtliche und raumplanerische Vorschriften durchgesetzt, die ein engmaschiges Netz bilden, das keine Moschee mit Minarett entstehen lässt. Moscheen und Minarette werden von der einheimischen

Bevölkerung zu Recht als Machtsymbole des Islam sowie als Ausdruck der gewollten Nichtanpassung an unsere Werte und Traditionen empfunden. Die vorhandenen und von der Bevölkerung akzeptierten Gebetsräume sind völlig ausreichend.



Straffes Asylrecht nach Schweizer Vorbild

All jenen, die wirklich Hilfe benötigen, muss geholfen werden. Wir treten für eine Überarbeitung des Asylrechts nach Schweizer Vorbild ein. Die Mitwirkungspflicht des Asylwerbers bei der Sachverhaltsfeststellung muss noch enger gefasst werden, um einerseits Asylmissbrauch besser verhindern zu können und andererseits schnellere Verfahren – im Sinne aller Betroffener – gewährleisten zu können.

NEIN zum generellen Bleiberecht

Für uns kommt eine Aufweichung des Asylrechts bzw. eine Vermischung von Asyl- und Zuwanderungspolitik durch ein «weiches» Bleiberecht nicht in Frage. Die Politik als auch die im Asylwesen tätigen Flüchtlingsorganisationen müssen den Mut und die Kraft haben, von unabhängigen Gerichten gefällte Urteile und Bescheide anzuerkennen.

Dafür treten wir ein:

- **Verankerung der Sprachförderung im Mutter-Kind-Pass**
- **Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund in die Pflicht nehmen – Sozialleistungen an Pflichterfüllung knüpfen**
- **Weiterer Ausbau der Frühpädagogik**
- **Deutsch als Schulreifekriterium**
- **Parallelgesellschaft aufbrechen**
- **Akzeptanz unserer Werte und Rechtsstaatlichkeit einfordern**
- **Wer sein Gastrecht missbraucht, muss gehen**
- **Keine islamischen Machtsymbole, keine Moscheen mit Minaretten**
- **Straffes Asylrecht nach Schweizer Vorbild**
- **NEIN zum generellen Bleiberecht**
- **Staatsbürgerschaftsrecht muss am Ende einer erfolgreichen Integration stehen**
- **Begrenzung des Ausländeranteils in Siedlungen und Pflichtschulen mit max. 30 %**

Das wollen wir in den nächsten 5 Jahren erreichen:

- **Kontinuierliche Reduktion des Ausländeranteils im Altbestand von gemeinnützigen Wohnbauten**
- **Begrenzung des Ausländeranteils bei gemeinnützigen Neubauten auf 30 %**
- **Jedes Kind muss bei Schuleintritt Deutsch können**
- **Begrenzung des Ausländeranteils in Schulklassen auf 30 %**

«Für ein Vorarlberg, das unseren Kindern Sicherheit und Heimat bietet»

Mehr Polizei vor Ort

Gerade die Tatsache, dass Vorarlberg immer mehr unter der wachsenden «mobilen Kriminalität» zu leiden hat und reisende Banden im Land ihr Unwesen treiben, unterstreicht die Notwendigkeit nach mehr Polizei vor Ort.

Die Entwicklung bei den Einbruchsdiebstählen verlangt entsprechende Polizeipräsenz im Außendienst. Die Polizeikräfte dürfen nicht durch unnötige Schreibtisch- und Verwaltungsarbeit vom Dienst bei den Menschen abgehalten werden. Das heißt im Klartext: «Weniger Bürokratie und mehr Sicherheit in den Wohnquartieren!»



Sicherheitsstrukturen nicht weiter ausdünnen

Wir brauchen funktionierende Sicherheitsstrukturen in den Tälern und Regionen des Landes. Den in regelmäßigen Abständen wiederkehrenden Begehrlichkeiten des Innenministeriums in Richtung Schließung von Polizeiposten ist daher vehement entgegenzutreten. Sicherheit lebt von regionalen Strukturen und diese Strukturen dürfen nicht weiter ausgedünnt werden, zumal Vorarlberg im Bundesländervergleich personell ohnehin eher «dezent» ausgestattet ist.

Nulltoleranz und harte Strafen für Gewalttäter

Immer wieder müssen wir feststellen, dass Gewalttaten mit äußerster Brutalität begangen werden. Es ist daher dringend notwendig, die Täter mit aller Konsequenz zur Verantwortung zu ziehen. Hier muss die Justiz im Sinne der Prävention ihre Verantwortung wahrnehmen und durch harte Strafen auch ein deutliches Signal an potentielle Gewalttäter senden.



Wer brutal mit körperlicher Gewalt gegen andere vorgeht, sie schwer verletzt und selbst am Boden liegende, wehrlose Opfer weiter prügelt, der hat keine Milde zu erwarten – das muss eindeutig transportiert werden. Zur Verdeutlichung dieser Haltung braucht es aber harte Urteile der Gerichte.

Die Angst der Bevölkerung vor gewalttätigen Übergriffen auf öffentlichen Plätzen, in Fußballstadien, Bars oder vor Discotheken steigt. Das Land hat daher in Zusammenarbeit mit Exekutive und Justiz dafür zu sorgen, dass einerseits durch Polizeipräsenz die Gefahr von Übergriffen reduziert und andererseits Täter rasch gefasst und mit der vollen Härte des Gesetzes abgeurteilt werden.

Lebenslang für Kinderschänder

Kindesmissbrauch ist ein schweres Vergehen und der Schutz unserer Kinder muss für die Justiz- und Sicherheitsbehörden prioritären Charakter einnehmen.

Potentiellen Sexualstraftätern muss klar gemacht werden, dass sie im Falle eines Vergehens die volle Härte des Gesetzes trifft. Wir brauchen eine deutliche Verschärfung des Strafrechts durch die Einführung von Mindeststrafen sowie die Erhöhung der Strafsätze bis hin zu lebenslänglich. Angelehnt an die Schweiz muss auch bei uns sichergestellt werden, dass für verurteilte Pädophile eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen verboten wird.

Organisiertes Betteln unterbinden

Der Anblick bettelnder Menschen gehört mittlerweile zum Alltag auf öffentlichen Plätzen, in Einkaufsstraßen oder vor Einkaufszentren. Sowohl die einheimische Bevölkerung aber auch die Tourismusköste im Land fühlen sich mehr und mehr durch diese organisierten Bettler belästigt.



Dieser organisierten Bettelmafia muss ein Riegel vorgeschoben werden, denn hier werden die Ärmsten der Armen schamlos von Geschäftemachern ausgebeutet und für deren Zwecke missbraucht.

Konsequente Abschiebung krimineller Ausländer

Die Bevölkerung zeigt zu Recht kein Verständnis dafür, dass verurteilte ausländische Straftäter in Vorarlberg ihre Strafen absitzen und die Kosten dafür vom Steuerzahler zu berappen sind.

Ausländer, die ihr Gastrecht bei uns kriminell missbrauchen, müssen umgehend abgeschoben werden.



DROGEN – harte Strafen für Dealer & Therapie für Opfer

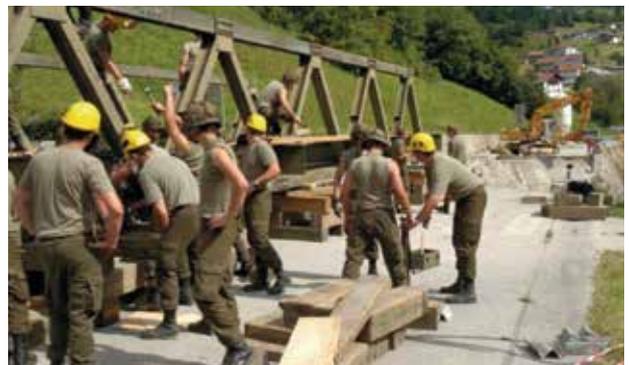
Jugendliche kommen immer häufiger schon in jungen Jahren mit Drogen in Kontakt. Während generell die Süchtigenzahlen und Drogentoten gleichbleiben, steigt die Zahl an Erstkonsumenten. Immer mehr Modedrogen drängen auf den Markt, daher ist diesen synthetischen Präparaten der Kampf anzusagen.

Während Drogenhändlern mit harten Strafen zu begegnen ist, muss den Konsumenten durch das gute Angebot an niederschweligen Einrichtungen mittels einer Therapie geholfen werden.

Regional und schnell Hilfe bieten

Die geographischen Gegebenheiten und der größtenteils alpine Charakter unseres Landes haben zur Folge, dass sich Siedlungsgebiete entwickelt haben, die abseits der Ballungsräume in den unterschiedlichen Talschaften liegen.

Um auch für diese Regionen einen entsprechenden Standard an Sicherheits-, Hilfs- und Rettungseinrichtungen bieten und schnell vor Ort Hilfe leisten zu können, ist am regionalen Strukturaufbau festzuhalten.



Starker Partner Bundesheer

Das Bundesheer stellt einen unverzichtbaren Partner gerade bei Katastropheneinsätzen dar und genießt ein äußerst hohes Ansehen sowie große Akzeptanz bei der Bevölkerung.

Um diesem Auftrag auch in entsprechendem Maß nachkommen zu können, müssen die regionalen Strukturen im Land erhalten und die Ausstattung der Truppen deutlich verbessert werden. Die längst überfällige Bundesheerreform ist umzusetzen und der Grundwehrdienst zu attraktivieren.

Wir werden nicht akzeptieren, dass dieser wichtige Eckpfeiler der inneren Sicherheit – unser Bundesheer – weiter ausgehöhlt und die Sicherheit der Bevölkerung leichtfertig auf dem Altar der Budgetdisziplin geopfert wird. Die Entscheidungskompetenz und die regionalen Spielräume müssen vor Ort erhalten bleiben.

Freiwilligenarbeit stärken

Die zahlreichen Hilfs- und Rettungsdienste im Land wären ohne die aufopfernde Mitarbeit zahlreicher freiwilliger Helfer nicht in diesem Umfang zu bewerkstelligen. Es gilt daher für uns, neben der finanziellen Unterstützung der Sicherheits- und Hilfseinrichtungen auch die Wertschätzung gegenüber den freiwilligen Helfern in den Vordergrund zu rücken und das Ehrenamt in seiner Gesamtheit weiter zu stärken.



Dafür treten wir ein:

- **Regionale Sicherheitsstrukturen (Polizei, Heer, Feuerwehr, Rettung, etc) aufrecht erhalten**
- **Nulltoleranz für Gewalttäter**
- **Lebenslang für Kinderschänder**
- **Berufsverbot mit Minderjährigen für verurteilte Pädophile**
- **Organisiertes Betteln unterbinden**
- **Abschiebung krimineller Ausländer**
- **Konsequente Anti-Drogenpolitik**
- **Freiwilligenarbeit unterstützen**
- **Ehrenamtlich Tätige in Hilfs- und Rettungsorganisationen bei öffentlichen Postenvergaben besonders bewerten**

Das wollen wir in den nächsten 5 Jahren erreichen:

- **Keine Schließungen der Polizeiposten und keine Reduktion der effektiv besetzten Planstellen**
- **Spürbare Reduktion der Eigentumsdelikte sowie der Körperverletzungen und strafbaren Handlungen gegen Leib und Leben**
- **Erhalt der ausgeprägten Freiwilligenstruktur bei Rettung und Feuerwehr**
- **Ausbau der Ehrenamtquote auf 60 % (dzt. 53,5 %)**
- **Erhalt des Militärkommandos Vorarlberg und einsatzfähiger Strukturen beim Bundesheer**

«Für ein Vorarlberg, das Menschen in Not rasch und unbürokratisch hilft, aber auch den Missbrauch von Sozialleistungen bekämpft»

Armut bekämpfen

Kinderreiche Familien, alleinerziehende Frauen, Mindestpensionsbezieher, Menschen mit Migrationshintergrund, bildungsfernere Personen (meist in Verbindung mit Langzeitarbeitslosigkeit) und jene Menschen, die zur sogenannten «working-poor-Gruppe» gehören, sind am meisten von Armut betroffen.



Auch Vorarlberg ist hier keine Insel der Seligen. Die Tatsache, dass in unserem Land rund 50.000 Menschen armutsgefährdet sind, ist ein unerträglicher Zustand. Vor dem Hintergrund dessen, dass die Sozialausgaben in den letzten Jahren überdurchschnittlich gestiegen sind, muss man festhalten, dass die Sozialpolitik des Landes einer grundlegenden Neuordnung bedarf. Wir haben eine zu starke «Armutsverwaltung» anstatt eine offensive Armutsprävention.

Der «Sozialdschunel» mit seiner Vielzahl an Leistungen ist für die Betroffenen vielfach nicht mehr durchschaubar. Es braucht eine Bündelung der Mittel auf gute Kernleistungen, eine Vereinfachung der Systeme und mehr Mittel für die Armutsprävention – und diese beginnt bei der Bildung.



Problem an der Wurzel packen

Wir müssen das Problem an der Wurzel packen, wobei folgende Punkte zu berücksichtigen sind:

- Studien belegen klar, dass der Bildungsstandard meist «sozial vererbt» wird; wir brauchen daher eine Reform des Bildungssystems durch Einführung der Gemeinsamen Schule, die allen Kindern gerechte Startbedingungen sichert
- Menschen mit Migrationshintergrund muss klar gemacht werden, dass Sprache der Schlüssel für eine erfolgreiche Bildungskarriere und damit verbunden für eine erfolgreiche Integration auf dem Arbeitsmarkt ist
- Wir brauchen die Einführung eines gesetzlich verankerten Mindestlohns
- Wir brauchen eine Stärkung unserer Familien, sowohl im innerfamiliären Bereich, als auch durch den Ausbau von bedarfsgerechten Kinderbetreuungseinrichtungen



- Eine gegenüber der österreichischen Bevölkerung vertretbare und verantwortungsbewusste Migrationspolitik hat sich in Zukunft an den Bedürfnissen des österreichischen Arbeitsmarktes zu orientieren. Wer Menschen ins Land holt, ohne ihnen Arbeit und Wohnung bieten zu können, schafft sich selbst Sozialfälle und handelt grob fahrlässig.

Pflegefall darf nicht automatisch zum Sozialfall werden

Wir begrüßen ausdrücklich die Aufhebung der Kostenersatzpflicht für Kinder, das Außerachtlassen eines kleinen Barvermögens sowie die Liberalisierung bei Schenkungen im Rahmen des Sozialhilferegresses. Wir dürfen aber nicht auf die zahlreichen Frauen vergessen, die unter großen Entbehrungen Familienangehörige zu Hause pflegen. Diese Frauen leisten wertvollste Familienarbeit und verdienen unseren größten Respekt. Wir fordern in diesem Zusammenhang Zeiten von Pflegearbeit pensionsrechtlich besser zu berücksichtigen.

Hilfe zur Selbsthilfe

Wer wirklich Hilfe braucht, soll Hilfe bekommen. Wir brauchen eine solidarische Gesellschaft. Es kann aber nicht sein, dass vor dem Hintergrund explodierender Sozialausgaben der ehrliche Arbeiter und Steuerzahler die Zeche für Arbeitsverweigerer, Simulanten und eine verfehlte Migrationspolitik zahlen muss.

Jede Hilfe soll in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe und keine Dauerunterstützung sein. Nur so kann ein Anreiz, wieder auf die Füße zu kommen und sich staatlich und gesellschaftlich zu reintegrieren, geschaffen werden. Soziale Sicherheit JA, soziale Hängematte NEIN.



Altersarmut entgegenwirken

Mindestpensionsbezieher gehören mit zu der Gruppe, die am meisten von Armut betroffen ist. Wir fordern eine gerechte Mindestpension, mit der Menschen auch wirklich das Auslangen finden können. Luxuspensionen, die es für eine privilegierte Gruppe nach wie vor gibt und für die zu Recht kein Mensch und schon gar nicht ein Mindestpensionsbezieher Verständnis hat, müssen endlich der Vergangenheit angehören.

Dafür treten wir ein:

- **Armutsprävention statt Armut «verwalten» – Probleme an der Wurzel packen**
- **«Sozialdschungel» lichten – Bündelung der Mittel auf gute Kernleistungen und Vereinfachung der Systeme**
- **Reform des Bildungssystems durch Einführen der Gemeinsamen Schule**
- **Gesetzlich verankerter Mindestlohn**
- **Stärkung unserer Familien**
- **Vertretbare und verantwortungsbewusste Migrationspolitik**
- **Bessere pensionsrechtliche Absicherung von Menschen, die sich der Pflege von Angehörigen widmen**
- **Hilfe zur Selbsthilfe – Soziale Sicherheit JA, soziale Hängematte NEIN**
- **Gerechte Mindestpension und Abschaffung von Luxuspensionen**

Das wollen wir in den nächsten 5 Jahren erreichen:

- **Reduktion der Zahl der Menschen, die an der Armutsgrenze leben, von 50.000 auf 30.000 Menschen**
- **Einführung eines Mindestlohns von 1.500 Euro brutto (inkl. jährlicher Inflationsanpassung)**

«Für ein Vorarlberg, das seine Familien wertschätzt und diesen Kern unserer Gesellschaft fördert und unterstützt»

Mut zur Familie und Mut zum Kind

Unsere Familien sind der Kern unserer Gesellschaft. Sie verdienen den besonderen Schutz und die Anerkennung ihrer Leistungen durch Politik und Gesellschaft. Ziel einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Familienpolitik muss es sein, Mut zur Familie und Mut zum Kind zu machen. Ein Land ohne Kinder hat keine Zukunft.

Familie leistbar machen – faire Steuern und Altersabsicherung

Um Familie auch leistbar zu machen, hat der Staat die unverzichtbaren familiären Leistungen gerecht materiell abzugelten sowie pensions- und steuerrechtlich zu berücksichtigen. Wir setzen uns in diesem Zusammenhang für eine Steuerreform ein, die die Anzahl der Familienmitglieder bei der Steuerbemessung berücksichtigt (Familien splitting-Modell). Weiters müssen Zeiten der Familienarbeit – insbesondere Kinderbetreuung und Pflege – pensionsrechtlich deutlich stärker berücksichtigt werden.



Elterngeld einführen

Um echte Wahlfreiheit für unsere Familien zu schaffen, fordern wir die Einführung eines Elterngeldes in der Höhe von € 600 bis € 700. Eltern können dann frei entscheiden, ob sie diese Mittel für Fremdbetreuung einsetzen oder ob sie ihr Kind – speziell in den ersten Lebensjahren – selbst betreuen möchten.

Das Elterngeld soll in den ersten drei Lebensjahren des Kindes als Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld ausbezahlt werden. Für vier- und fünfjährige Kinder in Form einer deutlichen Aufstockung des Vorarlberger Familienzuschusses.

Das Wohl unserer Kinder muss uns etwas wert sein und die familiäre Betreuung gestärkt werden. Wir wollen Eigenständigkeit und Wahlfreiheit für unsere Familien statt staatliche Bevormundung!



Bedarfsgerechte Kinder- und Schülerbetreuung

Gesellschaftspolitisch linke Forderungen nach Gratisbetreuung für Kinder von 0 – 6 Jahren werden von uns abgelehnt. Es sind ausreichend Kinder- und Schülerbetreuungsplätze zur Verfügung zu stellen. Der notwendige Ausbau hat sich aber am tatsächlichen Bedarf zu orientieren und nicht an politischen Forderungen linker Parteien, die danach trachten, die traditionelle Familie mehr und mehr auszuhöhlen und ihr Kind am liebsten schon gleich nach der Geburt in staatliche und fremde Obhut geben wollen.

Frauen, die sich dafür entscheiden, ihr Kind zu Hause zu betreuen und Frauen, die versuchen Beruf und Familie zu verbinden, dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden!

Zuverdienstgrenze streichen

In der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes sehen wir einen großen familienpolitischen Meilenstein. Ein Dorn im Auge ist uns allerdings die Zuverdienstgrenze. Diese hat in der Vergangenheit nicht nur zu unnötigem Bürokratie- und Kontrollaufwand sowie zur Verunsicherung betroffener Eltern geführt, sondern schränkt die Wahlfreiheit der Eltern unnötig ein.



Wertanpassung der Familienleistungen

Im Unterschied zu den Pensionen werden Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld und der Kinderabsetzbetrag nicht regelmäßig erhöht, um die Inflation abzugelten. Der Verlust, der den Familien durch diese unterlassenen Erhöhungen entstanden ist, ist enorm. Gerade Familien mit mehreren Kindern leiden besonders unter den hohen Lebenshaltungskosten. Viele trauen sich ein sorgenfreies Leben in einer kinderreichen Familie nicht mehr zu. Eine jährliche Wertanpassung der Familienleistungen ist für uns daher ein absolutes MUSS.



Kinderrechte stärken

Leider zeigt uns die Praxis, dass viele Trennungen nach wie vor auf dem Rücken unserer Kinder ausgetragen werden. Um Kinder im Rahmen von Obsorgestreitigkeiten aus dem Schussfeld zu nehmen, sprechen wir uns für eine verpflichtende gemeinsame Obsorge aus, die nur dann nicht zum Tragen kommen soll, wenn sie das Kindeswohl gefährden würde. Auch würde eine gemeinsame Obsorge dem Wunsch der Kinder auf Mutter und Vater entsprechen.

Dafür treten wir ein:

- Familie stärken
- Aktiver Lebensschutz
- Einführung eines Elterngeldes zur Stärkung der Wahlfreiheit
- «Familiensplitting-Modell» im Steuerrecht – Berücksichtigung der Anzahl der Kinder bei der Steuerbemessung
- Pensionsrechtliche Anerkennung von Zeiten der Familienarbeit weiter verbessern
- Bedarfsgerechte Kinder- und Schülerbetreuung – das Wohl des Kindes muss im Mittelpunkt stehen
- Streichung der Zuverdienstgrenze beim Bezug des Kinderbetreuungsgeldes
- Automatische Wertanpassung der österreichischen Familienleistungen
- Kinderrechte stärken – gemeinsame Obsorge als Regelfall

Das wollen wir in den nächsten 5 Jahren erreichen:

- Einführung eines Elterngeldes von 600-700 Euro monatlich

«Für ein Vorarlberg, das allen Kindern Bildungschancen eröffnet, ihre Talente fördert und kein Kind ‹auf der Strecke› lässt»

Bildung ist Zukunft

«Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr» – so alt dieser Spruch ist, so sehr hat er nach wie vor seine Richtigkeit. Die frühe Kindheit gilt als die lernintensivste und prägendste Phase im Leben eines jeden Menschen. Versäumnisse in der frühen Bildung können, wenn überhaupt, nur sehr schwer wettgemacht werden. Jede Investition in die Bildung unserer Kinder, ist eine Investition in die Zukunft, die Rendite eine unermessliche!



Sprachförderung im Mutter-Kind-Pass verankern

Wir wollen, dass Sprachförderung als wichtiges Element für chancengerechte Ausgangsmöglichkeiten in den Mutter-Kind-Pass aufgenommen wird. Es muss migrantischen Eltern klar gemacht werden, dass sie ihre Kinder beim Erwerb der deutschen Sprache zu unterstützen haben. Tun sie das nicht, soll dies Konsequenzen – wie etwa die Streichung gewisser Sozialleistungen – haben.

Deutsch vor Schuleintritt

In unseren Kindergärten wird wertvollste Arbeit in der vorschulischen Bildung unserer Kinder geleistet. Um sicherzustellen, dass jedes Kind bei Schuleintritt die deutsche Sprache beherrscht, muss den Kindergärten im Bereich der sprachlichen Früherziehung entsprechende personelle und finanzielle Unterstützung zukommen sowie die Schulreife einer Neudefinition unterzogen werden. Deutsch ist ein MUSS.

Begrenzung des Ausländeranteils an unseren Pflichtschulen

Nachdem wir leider noch nicht so weit sind, dass jedes Kind bei Schuleintritt die Unterrichtssprache ausreichend beherrscht, soll der Anteil von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache in den Klassen mit max. 30 % begrenzt werden. Nur so kann ein effizienter Unterricht und entsprechender Lernerfolg für alle Kinder sichergestellt werden.

Schulautonomie stärken – Bürokratie abbauen

Wer vor Ort bei unseren Kindern in der Klasse ist, weiß besser, was diese für ihren Lernerfolg brauchen, als irgendeine Zentralstelle in Wien. Wir sprechen uns daher für eine Stärkung der Schulautonomie aus. In diesem Zusammenhang ist auch das derzeitige komplexe, bürokratieaufwändige System der Schulverwaltung endlich zu entrümpeln. Wir geben viel Geld für Bildung aus, das Geld kommt aber leider nicht immer in den Klassen an!



Stärkung der Volksschule

Der Heterogenität unserer Kinder – in ihren Stärken und Schwächen – kann mit den momentanen Stunden- und Personalressourcen nicht mehr entsprochen werden. Es bedarf daher des Aufbaus eines Lehrpersonalpools sowie eines Kontingents an frei verfügbaren und flexibel einsetzbaren Ressourcen für pädagogische Zwecke.

Einführung der Gemeinsamen Schule

Die Zahlen aus dem Nachhilfebereich zeigen die Notwendigkeit von Reformen im Bildungsbereich deutlich auf. Wir wollen, dass alle Kinder gerechte Bildungschancen haben und nicht schon mit 9 ½ Jahren eine Trennung stattfindet. Wir brauchen ein Bildungssystem, das allen Kindern – unabhängig ihrer sozialen Herkunft – gerechte Startbedingungen eröffnet. Wir wollen Vorarlberg zum Bildungsland machen, einem Land in dem Talente gefördert und Bildungschancen eröffnet und nicht durch zu frühe Trennung Türen verschlossen werden. Es darf kein Kind auf der Strecke bleiben!

«Vorarlberg-Agenda» umsetzen

Wir müssen aber auch die Kompetenzen, die wir im Land im Bildungsbereich haben, nutzen, um «Schule» voranzubringen. Wir haben dazu ein Konzept, die sogenannte «Vorarlberg-Agenda» ausgearbeitet. Diese beinhaltet unter anderem eine bessere Vernetzung der Bildungsstellen im Land, eine Verbesserung des Personalschlüssels bzw. die Verkleinerung von Gruppengrößen im Kindergarten, eine jährliche Evaluation und konsequente Verbesserung im Bereich der Sprachförderung, den Aufbau eines Personalpools für Pflichtschulen sowie die Aufstockung des Supportpersonals wie beispielsweise der Beratungslehrer.

Keine Parteipolitik an Schulen

Gerade vor dem Hintergrund der Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre, ist es dringend notwendig, unsere jungen Menschen politisch zu bilden. Parteipolitik jedoch hat an unseren Schulen nichts verloren. Wir sprechen uns ganz klar gegen den Missbrauch von Autoritätsverhältnissen durch manche Lehrpersonen aus. Vermittlung von Inhalten JA, Meinungszwang NEIN.

Überarbeitung der Ferienordnung

Eine Ferienordnung NEU hat in erster Linie pädagogische Interessen im Sinne der Kinder zu berücksichtigen. Wie in vielen Nachbarländern schon geschehen, sollen die Sommerferien verkürzt werden. Die so gewonnenen Ferienwochen sollen in Folge so verteilt werden, dass auf Unterrichtsblöcke von 6 – 8 Wochen jeweils 1 – 2 Wochen Ferien folgen.

Fachhochschule stärken

Aufgrund der Tatsache, dass Vorarlberg über keine eigene Universität verfügt, hat die FH große Bedeutung in der Bildungslandschaft. Es darf sich weder der Bund aus seiner finanziellen Verantwortung stehlen, noch darf es verabsäumt werden, die Ausrichtung der Studiengänge in engem Kontakt mit der Wirtschaft zu erarbeiten.

Dafür treten wir ein:

- Sprachförderung im Mutter-Kind-Pass verankern – Migranteneltern in die Pflicht nehmen
- Deutsch vor Schuleintritt – Schulreife einer Neudefinition unterziehen
- Begrenzung des Anteils von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache in den Klassen mit max. 30 %
- Schulautonomie stärken – Bürokratie abbauen
- Stärkung der Volksschule – Aufbau eines Lehrpersonalpools
- Gemeinsame Schule einführen – gerechte Bildungschancen für alle Kinder
- «Vorarlberg-Agenda» umsetzen
- Keine Parteipolitik an Schulen
- Ferienordnung überarbeiten
- Fachhochschule stärken

Das wollen wir in den nächsten 5 Jahren erreichen:

- Halbierung des Anteils von Risikoschülern auf 5 %
- Verdoppelung des Anteils an Spitzenschülern auf 6 %
- Zahl der ‚außerordentlichen‘ Schüler in Richtung Null entwickeln
- Halbierung der Kosten für Nachhilfe
- Senkung der Durchfallquote bei Lehrabschlussprüfungen von aktuell rund 18 % auf 10 %
- Ausländeranteil an Pflichtschulen auf max. 30 % pro Klasse reduzieren

«Gesundheitsversorgung sichern»

Qualitätssicherung für den Patienten

Die demografische Entwicklung stellt unser Gesundheitssystem vor große Herausforderungen. Wir wollen eine Vorarlberger Gesundheitslandschaft, in der eine hohe Qualität der Versorgung, die freie Arztwahl, der Zugang zur Spitzenmedizin für alle und ein dichtes Versorgungsnetz gesichert sind. Maßgebliches Ziel muss es sein, dass Leistungen an jener Stelle erbracht werden, an der eine bestimmte medizinische Versorgungsleistung sowohl aus medizinischer Qualitätssicht als auch aus Patienten- und Kostenperspektive am besten erbracht werden kann. Dazu braucht es auch endlich eine Finanzierung aus einer Hand. Eine Zwei-Klassen-Medizin lehnen wir strikt ab!



Vorsorgebonus einführen

Jeder im Gesundheitswesen in die Vorsorge investierte Euro macht sich mehrfach bezahlt. Durch entsprechende Prävention kann es gelingen, die kontinuierlich steigenden Kosten der behandelnden Medizin zu senken. Zur Forcierung der Gesundheitsvorsorge stellen wir uns einen Bonus für jene Versicherten vor, die sich in regelmäßigen Abständen den empfohlenen Vorsorgeuntersuchungen unterziehen.

Schnittstelle Krankenhaus/Arzt

Im Bereich des Aufnahme- und Entlassungsmanagements kommt es immer wieder zu Problemen für die Patienten. Das Schnittstellenmanagement Krankenhaus und niedergelassener Bereich ist, gerade was die Kommunikation unter den beteiligten Gruppen und die Information und Stärkung der Patienten anbelangt, zu optimieren.

Sorge um Spitalsärzte

Österreichweit überschreiten rund 70 % der Spitalsärzte regelmäßig ihre Arbeitszeiten. Die Situation in Vorarlberg hat sich durch das neue, von uns immer wieder eingeforderte, Gehaltssystem leicht verbessert. Aber auch in unserem Land führt ein nach wie vor bestehender Mangel an Spitalsärzten dazu, dass die Ärzte ihre Arbeitszeiten überschreiten müssen und Überstunden an der Tagesordnung sind. Die Beschwerden der Spitalsärzte müssen ernst genommen werden. In letzter Konsequenz besteht die Gefahr, dass Nachteile in der Patientenbetreuung, wo es um Leben und Tod gehen kann, entstehen können. Wir brauchen für unsere Spitalsärzte – aber auch für unser Pflegepersonal – eine ordentliche Bezahlung und ein Arbeitszeitmanagement, welches diese wichtigen Berufe wieder attraktiv macht.

Arzt gesucht ...

heißt es in immer mehr Gemeinden unseres Landes. Speziell praktische Ärzte, die einen wesentlichen Baustein unseres Gesundheitssystems darstellen, sind gefragt. Alleine im letzten Jahr galt es 20 Arztstellen in den Gemeinden neu zu besetzen. Besonders prekär ist die Situation im ländlichen Raum. Die derzeitige Apothekerregelung sieht vor, dass in Gemeinden mit einer Apotheke die praktischen Ärzte keine Hausapotheke betreiben dürfen. Diese stellt jedoch, gerade im ländlichen Bereich, eine wichtige Einnahmequelle dar. Wir treten daher in diesen Fällen für eine Sonderregelung ein.



Hausarzt aufwerten

Ziel muss es sein, den Hausarzt deutlich aufzuwerten und ihm eine zentrale Steuerungs- und Lenkungsfunktion zukommen zu lassen. Auch eine dringend notwendige Entlastung der kostenintensiven Spitalsambulanzen wird nur so gelingen. Zur Bekämpfung des Ärztemangels muss die Ausbildung von Medizinerinnen attraktiviert und der niedergelassene Bereich konsequent gestärkt werden. Weg von einem leistungsfeindlichen Abrechnungssystem hin zu einem attraktiven Arbeitsplatz für Jungärzte! Die Möglichkeit von sogenannten Lehrpraxen ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber die Tatsache, dass bis 2020 fast ein Drittel der 318 Fach- und Allgemeinmediziner das Pensionsalter erreichen, zeigt den immensen Handlungsbedarf für die nächsten Jahre klar auf.



Freie Arztwahl ermöglichen

Nachdem bei Vertragsärzten zum Teil erhebliche Wartezeiten vorhanden sind, nehmen viele Vorarlbergerinnen und Vorarlberger Wahlärzte in Anspruch. Die Rechnung muss vom Patienten bezahlt und bei der VGKK eingereicht werden. Bei der Kostenvergütung kommt es dann immer wieder zu Unmut. Patienten erhalten bei Konsultation eines Wahlarztes lediglich 80 % des Kassentarifes vergütet. Um die freie Arztwahl nicht weiter zu behindern, treten wir für die volle Rückerstattung des Kassentarifes bei Inanspruchnahme eines Wahlarztes ein.

Dafür treten wir ein:

- **Hohe Qualität der Versorgung, freie Arztwahl, Zugang zur Spitzenmedizin für ALLE und dichtes Versorgungsnetz sichern, Abläufe optimieren**
- **Keine Zwei-Klassen-Medizin**
- **Vorsorgebonus einführen**
- **Besseres Aufnahme- und Entlassungsmanagement in unseren Krankenhäusern; Schnittstelle Krankenhaus und niedergelassener Bereich stärken**
- **Besseres Arbeitszeitmanagement für Spitalsärzte und Pflegepersonal; Arbeitszeitüberschreitungen so gut wie möglich verhindern**
- **Wohnortnahe Versorgungssicherheit – auch im ländlichen Raum**
- **Sonderregelung für Hausapotheken im ländlichen Raum**
- **Sicherung der Notarztversorgung im ländlichen Raum**
- **Hausarzt aufwerten**
- **Spitalsambulanzen entlasten**
- **Volle Kassentarifrückerstattung bei Wahlarztbesuch**
- **Stipendienmodell endlich umsetzen**

Das wollen wir in den nächsten 5 Jahren erreichen:

- **+ 60 Spitalsärzte**
- **+ 100 Ärzte im niedergelassenen Bereich**
- **Sicherung der Notarztversorgung im ländlichen Raum**
- **Spitalsambulanzen um 25 % entlasten**

«Unsere Jugend – unsere Zukunft»

Der Jugend Raum geben

Jugendpolitik ist eine breite Querschnittsmaterie und wird speziell in der Arbeit auf kommunaler Ebene sichtbar. Je näher eine Gemeinde an ihrer Jugend «dran ist», umso zielgerichteter kann für die Interessen der Jugendlichen agiert werden.

Gemeinden sollten kontinuierlich zur Weiterentwicklung einer kinder- und jugendfreundlichen Gestaltung des Lebensumfeldes ermutigt werden. Als mögliches Instrument dazu könnte eine Zertifizierung als «Jugendpartnergemeinde» dienen.



Erschwingliche Mobilität

Viele Jugendliche sind, um zum Arbeitsplatz zu gelangen, auf ein eigenes Fahrzeug angewiesen. Leider stellt der Erwerb des Führerscheins eine immense finanzielle Belastung für die Fahrschüler dar. Vorarlberg hat im Bundesländervergleich überdurchschnittlich hohe Führerscheinkosten.

Wer am Arbeitsmarkt Chancen haben will, muss mobil und flexibel sein. Es ist daher dringend notwendig, diese Mobilität und Flexibilität leistbar zu gestalten. Es kann nicht sein, dass ein Führerschein in Vorarlberg deutlich mehr kostet als beispielsweise in Wien.

Jugend- und Startwohnungen

Gemeinsam mit den in Vorarlberg ansässigen gemeinnützigen Wohnbauträgern ist dafür Sorge zu tragen, dass bei der Planung von neuen Wohnanlagen der Bedarf an Jugend- und Startwohnungen mit berücksichtigt wird. Generell ist eine möglichst optimale Durchmischung der Wohnanlagen mit Bewohnerinnen und Bewohnern aus mehreren gesellschaftlichen Gruppen anzustreben.

Verbandliche Jugendarbeit stärken

Neben der offenen leistet die so genannte verbandliche Jugendarbeit großartige Arbeit in unserem Land. Allerdings ist die finanzielle Situation in diesem Bereich der Jugendförderung nicht immer zufrieden stellend. Hier gilt es, Vereine und Organisationen, die sich im kulturellen und sportlichen Bereich für die Jugend stark machen, finanziell besser zu unterstützen.

Dafür treten wir ein:

- **Der Jugend Raum geben**
Wettbewerb «Jugendpartnergemeinde»
- **Erschwingliche Mobilität:**
 - **Führerscheinkosten senken**
 - **ÖPNV jugendgerecht ausbauen**
- **Jugend- und Startwohnungen schaffen**
- **Frühzeitig beginnende Alkoholprävention und Vermittlung von Konfliktlösungskompetenz**
- **Mehr Geld für verbandliche Jugendarbeit**

Das wollen wir in den nächsten 5 Jahren erreichen:

- **+ 20 % mehr Jugend- und Startwohnungen bei gemeinnützigen Neubauprojekten**
- **Führerscheinkosten in Vorarlberg auf Österreich-Niveau senken**

«Anerkennung für unsere älteren Mitmenschen»

Dank und Anerkennung

Unsere älteren Menschen verdienen unseren Dank und die Anerkennung für ihre außergewöhnlichen Leistungen. Sie sind es, die unseren Wohlstand – oftmals unter großen Entbehrungen – aufgebaut haben.



Sicherung der staatlichen Pensionen

Gerade unsere ältere Generation hat in der Vergangenheit viel Geld in die Staatskassen einbezahlt. Dies vor allem im Vertrauen darauf, dass ihre Pension gesichert ist. Sie hatte in der Vergangenheit auch kaum die Möglichkeit, ihre Pension auf mehreren Säulen aufzubauen. Der Staat hat diesen Menschen daher ihre Pension zu garantieren und diese den ständig steigenden Lebenshaltungskosten nach dem Pensionistenpreisindex jährlich anzupassen. Wir fordern gerechte Mindestpensionen sowie die Abschaffung von Luxuspensionen.

Steuerlicher Anreiz für die Eigenvorsorge

Neben der Sicherung der Grundpension hat der Staat verstärkt steuerliche Anreize zur Eigenvorsorge zu schaffen. Damit ist es möglich, die Sicherung des Lebensabends auf mehrere Säulen aufzubauen und die Eigenverantwortung zu stärken.

Kontrolle über Mitarbeitervorsorgekassen

Unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen regelmäßig Beiträge in Mitarbeitervorsorgekassen ein. Die Erfahrung in der Vergangenheit hat allerdings gezeigt, dass diese nicht immer sorgsam mit dem Geld der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umgehen. Hier hat der Staat seiner Kontroll- und Aufsichtspflicht nachzukommen!

Jung und Alt als Chance für neue Arbeitswelten

In den vergangenen Jahren wurden oft schon über 50jährige zum «alten Eisen» gezählt. Um die bevorstehenden Herausforderungen zu meistern, können und dürfen wir aber nicht auf die wertvolle Erfahrung dieser Menschen verzichten. Wir fordern die Etablierung eines Generationen-Managements, welches die Erfahrungen der «Älteren» mit dem Engagement der «Jüngeren» verbindet. Aufgrund der demografischen Entwicklung muss auch ein flexibleres Pensionssystem geschaffen werden, zB im Bereich der Zuverdienstmöglichkeiten.

Gesundheit sichern

Der Ausbau der Gesundheitsvorsorge und die Qualitätssicherung unseres Gesundheitssystems haben sich noch viel stärker an den Bedürfnissen unserer älteren Mitmenschen zu orientieren. Dazu gehört der weitere Ausbau der Geriatrie ebenso, wie die flächendeckende Etablierung eines funktionierenden Schnittstellenmanagements.

Dafür treten wir ein:

- **Grundpension sichern, Anreiz für Eigenvorsorge schaffen**
- **Pensionsprivilegien und Luxuspensionen abschaffen**
- **Kontrolle der Mitarbeitervorsorgekassen**
- **Generationenmanagement – ältere Menschen im Arbeitsprozess halten**
- **Ausbau der Geriatrie und Etablierung eines flächendeckenden Schnittstellenmanagements**

Pflege und Betreuung sichern

Aufgrund der Unterstützungsangebote, die es für die häusliche Pflege und Betreuung von alten und kranken Menschen im Land gibt, erfolgt der Wechsel in ein Pflegeheim in der Regel erst dann, wenn ein hoher Pflege- und Betreuungsaufwand gegeben ist.

Mit dieser Entwicklung steigen die Anforderungen an das Pflegepersonal im stationären Bereich. Der Pflegeberuf ist generell eine sehr anspruchsvolle Tätigkeit. Mit steigenden Anforderungen an das Pflegepersonal, steigt auch die physische und psychische Belastung. Umso wichtiger ist es für uns, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Pflegebereich in ihrer Tätigkeit optimal unterstützt und kontinuierlich weitergebildet werden, um die Qualität des Arbeitsplatzes und die Qualität der Pflege weiter zu verbessern.



Bedarfsgerechtes Angebot an Pflege gewährleisten

Die Hauskrankenpflege wird in erster Linie von pflegenden Angehörigen durchgeführt. Pflegevereine, Mobile Hilfsdienste oder andere Betreuungshilfe-Organisationen leisten wertvolle unterstützende Arbeit. Es muss auch weiterhin das Ziel sein, vorhandene Angebote zur Entlastung der pflegenden Angehörigen auszubauen bzw. neue zu schaffen. Ein bedarfsgerechtes Angebot im stationären Bereich ist ebenso wie eine ausreichende Anzahl an Urlaubs- und Kurzzeitpflegebetten sicherzustellen.

Menschen mit Behinderung stärken

Nicht die Defizite, sondern die Fähigkeiten und Kompetenzen von Menschen mit Behinderung sollten in den Mittelpunkt der Integration in das gesellschaftliche Leben gestellt werden. Gezielte Maßnahmen zur Sicherung der größtmöglichen Eigenständigkeit stärken nicht nur das Selbstwertgefühl des behinderten Menschen, sondern unterstreichen die Wegorientierung vom oftmals als diskriminierend empfundenen Fürsorgegedanken hin zu einer umfassenden beruflichen, sozialen und gesellschaftlichen Integration und Gleichstellung.

Dafür treten wir ein:

- **Qualitätssicherung im Pflegebereich**
- **Ambulant vor stationär**
- **Bessere Vernetzung zwischen ambulantem und stationärem Bereich; Synergien nutzen**
- **Entlastung der pflegenden Angehörigen (u.a. ausreichend Urlaubs- und Kurzzeitpflegebetten sowie Tagesbetreuung)**
- **Menschen mit Behinderung stärken, Leistungen bündeln und Transparenz im Bereich der Anlaufstellen schaffen**

Das wollen wir in den nächsten 5 Jahren erreichen:

- **Erhalt der hohen Pflegebetreuungsquote zu Hause (80 %)**
- **Ausbau des Angebots an Kurzzeit-Pflegebetten um 20 %**

«Mit Stolz Frau sein»

Unsere Frauen stellen ihren «Mann»

Egal, ob sich Frauen dafür entscheiden, sich voll und ganz ihrer Aufgabe als Mutter zu widmen, Karriere zu machen oder versuchen Familie und Beruf zu vereinbaren – unsere Frauen «stellen ihren Mann» und sind in der von ihnen gewählten Lebensform zu unterstützen. Wir brauchen auch keine Quotenfrauen, denn unsere Frauen behaupten sich in Wirtschaft und Politik bestens. Nicht wer Frau oder Mann ist, sondern wer am besten qualifiziert ist, soll den angestrebten Job bzw. das angestrebte Amt bekommen.



Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Leider klafft die Einkommensschere zwischen Männer- und Fraueneinkommen nach wie vor eklatant auseinander. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass für gleiche Arbeit auch gleicher Lohn zu bezahlen ist. Wir müssen alles daran setzen, diese Einkommensschere zu schließen. Dazu bedarf es Anstrengungen seitens der Politik aber auch seitens der Wirtschaft.

Gegen Gewalt schützen

Jede Form der Gewalt, sei es im häuslichen oder außerhäuslichen Bereich, ist untolerierbar. Wenn Männer ihr körperliches «stärker sein» dazu benutzen, sich an Frauen zu vergreifen, sie zu bedrohen oder sexuell zu missbrauchen, muss dies gesellschaftspolitisch geächtet und strafrechtlich konsequent verfolgt werden.



Gleichberechtigung statt Gleichmacherei

Gleichberechtigung ja, Gleichmacherei nein. Frauen und Männer sind allein schon aufgrund biologischer Gegebenheiten unterschiedlich. Diese Unterschiedlichkeit soll keiner Gleichmacherei weichen, sondern im Gegenteil gefördert werden. Frauen sollen in ihren vielfältigen Kompetenzen gestärkt werden.

Dafür treten wir ein:

- Faire Chancen ja, Quotenfrauen nein
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Frauen gegen Gewalt schützen
- Gleichberechtigung ja, Gleichmacherei nein

«Sport als Gesundheitsmotor»



Mehr Bewegung von klein auf

Es ist eine von mehreren Studien bestätigte Tatsache, dass unsere Wohlstandsgesellschaft auch zu einem stetig steigenden Bewegungsmangel führt. In erster Linie müssen wir unsere Kinder und Jugendlichen zu mehr sportlicher Aktivität animieren. Bewegungserziehung im Kindergarten- und Volksschulalter ist eine wichtige Voraussetzung für lebenslanges Sporttreiben.

Der Kindergarten und in weiterer Folge die Schule können durch entsprechende Bewusstseinsbildung die Arbeit der vielen ehrenamtlichen Funktionäre in den Sportvereinen zusätzlich unterstützen – Kindergarten, Schule und Vereine sollten daher noch stärker zusammenrücken, um die sportliche Zukunft unserer Kinder positiv zu beeinflussen.

Sport reduziert Gesundheitsausgaben

Sport trägt maßgeblich zu Wohlbefinden und Gesundheit bei und wirkt sich damit auch auf den öffentlichen Haushalt aus.

Eine kontinuierliche Verbesserung der Sportfördermittel hat somit auch einen volkswirtschaftlichen Aspekt. Werden die Gelder in der Sportförderung richtig eingesetzt, sinken gleichzeitig die Ausgaben im finanziell immer mehr in Bedrängnis geratenen Gesundheitswesen.

Behindertensport weiter stärken

Die in den vergangenen Jahren in Vorarlberg gesteigerten Aktivitäten im Bereich des Behindertensports werden nicht zuletzt aufgrund der großartigen Leistungen unserer Sportler kontinuierlich unter Beweis gestellt. Auch die mediale Unterstützung für die Leistungsträger hat zu einer deutlichen Aufwertung des Behindertensports

geführt. Mit jedem Start bei Wettkämpfen führen die Athleten vielen Menschen mit Behinderung vor Augen, wie man im Sport aber auch im Alltag erfolgreich sein kann. Die bisher gesetzten Impulse sind weiterzuführen bzw. kontinuierlich auszubauen.

Nachwuchs forcieren

Vorarlberg leistet mit der konzentrierten Schwerpunktförderung der Jugend- und Nachwuchsarbeit einen wichtigen Beitrag zur sportlichen Entwicklung junger Menschen und in weiterer Folge zur Sicherung des wichtigen Vereinslebens. Abseits einer vernünftigen Förderung des Profisports – auch über den Weg einer entsprechend attraktiven Infrastruktur – muss auch in Zukunft der Schwerpunkt im Nachwuchsbereich liegen.

Dafür treten wir ein:

- Kooperation Kindergarten, Schule und Vereine für mehr Bewegung
- Bewusstseinsbildung für Sport und Gesundheit
- Behindertensport weiter stärken
- Sportnachwuchs prioritär fördern – transparente Förderung des Profisports
- Infrastruktur weiter ausbauen
- Förderungswesen vereinfachen
- Ehrenamt stärken
- Sportservice als Dienstleister

Das wollen wir in den nächsten 5 Jahren erreichen:

- Tägliche Bewegungseinheit an Schulen
- Teilnahme von Vorarlberger Sportlerinnen und Sportlern bei Olympischen Spielen
- Erhalt der ausgeprägten Ehrenamtsstruktur in heimischen Sportvereinen (über 9.000 Menschen in VlbG. Vereinen)
- Vereinfachung des Förderwesens
- Bau der „Wälderhalle“
- Permanente Trainingsstrecke „Ski Alpin“

«Kultur als Ausdruck der eigenen Identität»

Kulturelle Aufsteigerregion

Vorarlberg hat sich in den vergangenen Jahren zu einer kulturellen Aufsteigerregion entwickelt. Auch der heimische Tourismus hat die dadurch entstehenden Chancen erkannt und verknüpft immer mehr Kultur und Natur.

Das Land Vorarlberg unterstützt Kulturinitiativen mit jährlich steigenden Budgets. Auf der anderen Seite zieht sich der Bund immer mehr aus dessen Verantwortung zurück. Hier gilt es gegenzusteuern und eine deutliche Verstärkung der Bundessubventionen zu erreichen.

Brauchtum bewahren

Neben den Spitzenangeboten wie Landesmuseum, Landestheater, Kunsthaus Bregenz, Landesorchester und Bregenzer Festspiele mit überregionaler Ausstrahlung ist die Breitenkultur für die kulturelle Identität unseres Landes genauso von herausragender Bedeutung. Dazu zählen die Volks- und Laienkunst mit ihrer Brauchtums- und Heimatpflege und ihren zahllosen Laienmusikensembles, Trachten- und Heimatvereinen in den Regionen.



Grundlage dieser kulturellen Vielfalt ist das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger. Ziel der Vorarlberger Kulturpolitik muss es sein, den Reichtum auf diesem Gebiet zu erhalten, das bürgerschaftliche Engagement zu stärken und die Weitergabe dieses kulturellen Erbes an die Jugend und die kommenden Generationen konsequent zu fördern.



Kulturelle Bildung

Für eine wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen ist der Zugang zu Kunst und Kultur heute keine Selbstverständlichkeit mehr. Hier müssen sich die Kultureinrichtungen konsequent und noch intensiver um ihre Klientel von morgen kümmern. Die Beschäftigung mit Musik, Theater und Tanz ist erwiesenermaßen hervorragend geeignet, kreative Anlagen zu wecken und auszubilden. Sie ist für die kognitive Entwicklung eines jungen Menschen von erheblicher Bedeutung. Durch die Förderung kultureller Bildung können wir das Innovationspotential unserer Bevölkerung besser ausschöpfen. Die Vorarlberger Kulturpolitik sollte dies bei der Förderung von Kulturinstitutionen, welche sich der Kinder- und Jugendarbeit widmen, noch stärker berücksichtigen.

Chance Kulturtourismus

Die touristische Nachfrage nach kulturellen Angeboten gewinnt auch in Vorarlberg aus wirtschaftlicher Hinsicht zunehmend an Bedeutung, doch verfügen Kultureinrichtungen nicht immer über Kompetenzen für ein kulturtouristisch ausgerichtetes Marketing.

Nachdem sich der gesamte Kulturbereich als stärker werdender Teil des Dienstleistungssektors auch überregional entwickelt, sollte die Einrichtung eines berufs begleitenden Studienlehrganges «Kulturtourismus» an der Fachhochschule Vorarlberg geprüft bzw. gemeinsam mit Fachhochschule, Tourismuswirtschaft und Kultur entwickelt werden.

Erfolgsfaktor Musikschule

Wenn wir über die kulturelle Entwicklung in unserem Land und dabei über die «singenden und klingenden» Vereine sprechen, so gebührt ein maßgeblicher Teil des Erfolges den Vorarlberger Musikschulen.



Die Musikschulen erfüllen nicht nur einen wichtigen kulturellen Bildungsauftrag, sondern sind auch die entscheidende Vorstufe für eine Ausbildung am Landeskonservatorium. Zudem leisten die heimischen Musikschulen eine großartige Basisarbeit für unsere Musikvereine auf sehr hohem Niveau. Eine kontinuierliche Optimierung der finanziellen Unterstützung des Landes für das Vorarlberger Musikschulwerk steht daher für uns außer Frage.

Kultur als Wirtschaftsfaktor

Kulturelle Angebote bedeuten einen wichtigen und nicht zu unterschätzenden Standortfaktor eines Landes. Öffentliche Kulturangebote dürfen daher nicht nur als freiwillige Leistungen verstanden werden, die bei verschlechterter Haushaltslage zur Disposition gestellt werden können. Sie sind Wirtschaftsfaktor, schaffen Arbeitsplätze und sind ein wichtiger Standortvorteil im Kampf um kreative Köpfe, die unser Land für die Zukunft braucht. Kunst und Kultur verfügen über erhebliche Innovationspotentiale, die unmittelbar Auswirkungen auf die ökonomische Wachstumskraft haben. Drastische Kürzungen im kulturellen Bereich hätten daher zwangsläufig gesamtwirtschaftliche Folgen. Es wäre zu begrüßen, zusammen mit dem Wirtschaftsressort für Vorarlberg einen Kulturwirtschaftsbericht zu erarbeiten.

Dafür treten wir ein:

- **Der Bund darf sich bei der Kulturförderung nicht aus der Verantwortung stehlen**
- **Brauchtum bewahren, Ehrenamt stärken**
- **Kultur als Chance für den Tourismus sehen**
- **FH-Lehrgang für Kulturmanagement**
- **Kontinuierliche Stärkung des Vorarlberger Musikschulwerks**
- **Kultur als Wirtschaftsfaktor für den Standort Vorarlberg nicht unterschätzen**

Das wollen wir in den nächsten 5 Jahren erreichen:

- **Bestmögliche Harmonisierung der Musikschularife**
- **Erstellung eines Kulturwirtschaftsberichts**
- **Sicherung von ausreichendem Personal an Schulen zur Kulturvermittlung**

«EU «umgestalten» und Föderalismus ausbauen»

JA zu Europa – NEIN zu dieser EU

Wir bekennen uns klar zu Europa. Wir wollen die Europäische Union aber nicht als zentralistischen Superstaat verstanden wissen, sondern als ein Europa der Bürger und der Regionen. Ein Europa, das im Inneren auf die Stärke der Nationalstaaten aufbaut und regionale Vielfalt als Merkmal der Identität der einzelnen Staaten betrachtet. Weniger Bevormundung aus Brüssel und mehr Gestaltungsfreiheit für die Mitgliedsstaaten – vor allem für die Regionen – muss die Devise lauten.

Die EU muss sich um die Stabilität des EURO kümmern und nicht mit milliardenschweren «Schutzschirmen» auf Zeit spielen, sie muss eine starke, eigenständige Außenpolitik entwickeln, sich in Fragen der gemeinsamen Sicherheit sowie des Asylwesens engagieren und endlich ein vernünftiges Regulativ für die ausufernden Finanzmärkte entwickeln. Das müssen die Schwerpunkte der Union sein.



NEIN zum Transatlantischen Freihandelsabkommen

Die unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführten «Geheimverhandlungen» mit den USA werfen ein schlechtes Licht auf das Demokratieverständnis mancher EU-Zentralisten.

Es kann nicht sein, dass unsere hart erkämpften Standards im Bereich des Arbeitsrechts, der Produktionssicherheit sowie für den Verbraucher-, Gesundheits-, Umwelt-, Tier- und Datenschutz unter dem Deckmantel des Freihandelsabkommens zugunsten von US-Großkonzernen herabgesetzt werden.

EU muss hin zum Bürger

Die Politik der Union konzentriert sich viel zu sehr auf die Beeinflussung der Mitgliedsstaaten. Es kann nicht sein, dass die europäische Union sich weiterhin in der bisherigen Art und Weise über die Bürger der jeweiligen Mitgliedsstaaten stellt und von oben herab agiert. Die EU muss sich wieder zu den Bürgern hin bewegen, deren Interessen in den Vordergrund stellen und direktdemokratische Instrumente stärken.

Weniger Geld für Brüssel – mehr Geld für Österreich

Nachdem beinahe die Hälfte des EU-Haushaltes in die Landwirtschaft fließt, könnte bei einer Renationalisierung der Nettobeitrag Österreichs gesenkt werden. Weniger Geld für Brüssel bedeutet mehr Geld für Österreich und seine Bevölkerung.

Die einzelnen Mitgliedsstaaten können besser beurteilen, welche Maßnahmen zur Produktion von hochwertigen Lebensmitteln und zur Landschaftspflege notwendig sind. In den Tintenburgern in Brüssel ist man nur bemüht, Gelder abzuziehen und umzuverteilen. Wir wollen über die Verwendung unserer Gelder selbst entscheiden und sie Österreich zugute kommen lassen.

KEIN EU-Beitritt der Türkei

Die Türkei war niemals europäisch und wird es auch niemals sein, weder politisch noch kulturell. Dieser Tatsache muss auch Brüssel offen und ehrlich ins Auge blicken.

Gegen den Willen der Bevölkerung Verhandlungen zu führen ist ein Zeichen für das mangelnde Demokratieverständnis der Brüsseler Bürokraten. In dieser sensiblen Frage muss die Bevölkerung mit eingebunden werden, eine Volksabstimmung über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei ist daher ein MUSS.

Föderalismus ausbauen

Jene Gebietskörperschaft, die eine Aufgabe am besten erledigen kann, sollte diese auch in deren Verantwortung übertragen bekommen und selbständig Entscheidungen treffen können.

Eckpunkte einer föderalen Kompetenzaufteilung sehen wir im Bereich Schule und Unterricht, Gesundheit (Krankenanstalten), Abfallwirtschaft, Wasserrecht, Wohnbauförderung, Rauplanung, Veranstaltungswesen sowie Katastrophen- und Rettungswesen.

Gemeinden stärken – Kooperationen steuern

Die Vorarlberger Gemeinden bilden das politische und gesellschaftliche Fundament unseres Landes. Sie leisten dabei nicht nur wertvolle Arbeit bei der Versorgung der Bevölkerung mit unterschiedlichen Dienstleistungen, sondern spielen auch durch deren Investitionstätigkeit eine wichtige Rolle für die Wirtschaft.

Gerade im Sozialbereich (Bsp Pflege) werden die Aufgaben jedoch immer vielfältiger, gleichzeitig werden dadurch die finanziellen Spielräume enger. In erster Linie ist der Bund gefordert, über einen transparenten, aufgabenbezogenen Finanzausgleich den Gemeinden die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen und dadurch notwendige finanzielle Spielräume zu schaffen, um die Kernaufgaben in den wirtschaftlichen und sozialen Bereichen der Gemeinden abzusichern.

In einer kleinen Region, wie der unseren mit 370.000 Einwohnern und 96 Gemeinden, ist es geradezu ein Muss, dass Kleingemeinden stärker zusammenarbeiten und Strukturen und Leistungen gemeinsam betreuen und anbieten. Die Kooperation muss daher zum Regelfall und der Alleingang muss zur Ausnahme werden. Der derzeitige Ansatz, lediglich sanfte Anreize für Kooperationen zu schaffen, greift viel zu kurz. Landesförderungen müssen unseres Erachtens in wesentlichen Bereichen der Infrastrukturinvestitionen und im Betrieb von Einrichtungen grundsätzlich an die entsprechende Kooperation geknüpft werden. Das hat auch positive Auswirkungen auf die angespannte Finanzlage der Gemeinden.

Steuerhoheit für die Länder

Es ist nicht gut, wenn die linke Hand (Bund) das Geld einnimmt und die rechte Hand (Länder) es ausgibt. Die Länder müssen auch Steuerverantwortung übernehmen. Ein vernünftiger Steuerwettbewerb unter den Ländern führt zu niedrigeren Steuern, einem sparsameren Umgang mit Steuergeldern und schlankeren Verwaltungsstrukturen,

da die Landeshauptleute dann auch Steuern direkt zu vertreten haben. Die Schweiz macht's vor. Im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen muss Vorarlberg diese Steuerhoheit einfordern.

Bundesrat aufwerten

Um die Interessensvertretung der Länder deutlich zu stärken ist eine Reform des Bundesrates hin zu einer echten Länderkammer notwendig. Neben der Reduktion der Mitgliederzahl und der Wahl der Bundesräte aus den Reihen der Landtagsabgeordneten muss der Bundesrat bei Gesetzen, die die Länderfinanzen und Länderautonomie betreffen, ein absolutes Vetorecht erhalten, um das parlamentarische Geschehen in Wien aktiv beeinflussen zu können.

Dafür treten wir ein:

- **NEIN zu einem europäischem Superstaat – regional statt zentral**
- **NEIN zum Transatlantischen Freihandelsabkommen**
- **Renationalisierung der EU-Agrarpolitik, damit Österreich mehr Geld bleibt**
- **Nein zu einem EU-Beitritt der Türkei**
- **Föderalismus ausbauen und leben**
- **Gemeindekooperationen steuern**
- **Steuerhoheit für die Länder**
- **Bundesrat aufwerten**

Das wollen wir in den nächsten 5 Jahren erreichen:

- **Steuerhoheit im Bereich der Einkommenssteuer sowie der Körperschaftssteuer**
- **Steigerung der Zahl an Gemeindekooperationen im Land um 25 %**

«Starke Demokratie – starke Kontrolle»

Direkte Demokratie weiter ausbauen

Nachdem auf FPÖ-Initiative im Herbst 2011 das 1. Demokratie-Paket mit einer Senkung der Zugangshürden zu Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen verabschiedet wurde, folgte im Frühjahr 2014 erfreulicherweise der nächste Schritt durch eine Stärkung des Persönlichkeitswahlrechts und weiteren Verbesserungen im Bereich der Direkten Demokratie.

In Kombination mit dem 1. Demokratiepaket haben wir uns in Vorarlberg in Sachen direkte Demokratie sehr stark dem freiheitlichen Vorbild in dieser Frage, der Schweiz, angenähert. Allerdings ist Papier bekanntlich geduldig und es muss unser Ziel sein, diese Rahmenbedingungen auch entsprechend in der Bevölkerung zu verankern und eine Kultur der direkten Demokratie zu etablieren.

Klar ist, dass wenn die Bevölkerung diese Instrumente der Mitbestimmung nutzt, so muss die Politik diese Entscheidungen auch ernst nehmen. Wenn die Politik den Willen der Bevölkerung nicht ernst nimmt, dann ist das entsprechende Demokratiericht ein totes Recht und bewirkt lediglich Frustration. Es braucht daher ein hohes Maß an Verbindlichkeit.



Landtag transparenter machen

Gelebte Demokratie bedeutet nicht nur ein möglichst hohes Maß an Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch eine ebenso breite Information der Bevölkerung über die parlamentarischen Entscheidungsprozesse in Land und Gemeinden.

Um ein weiteres positives Signal einer Öffnung des Landtages hin zu den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes zu senden, sollten

hinkünftig auch Ausschusssitzungen öffentlich stattfinden. Gerade die Fachdiskussionen mit Auskunftspersonen und Experten sind für die Bevölkerung von Interesse und können das Nachvollziehen von politischen Entscheidungen fördern.



Kontrollrechte ausweiten

Durch unsere Hartnäckigkeit ist es gelungen, die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses als Minderheitenrecht zu verankern und damit ein Mehr an Kontrolle sicherzustellen.

Als weiteren Schritt zur Ausweitung der Kontrollrechte fordern wir für Abgeordnete des Vorarlberger Landtages die Möglichkeit zur Akteneinsicht.

Gemeindewahlen einfacher gestalten

Mit der Wahlaltersenkung auf 16 Jahre und der Einführung der Briefwahl wurden zwar im Landtag bereits langjährige freiheitliche Forderungen erfüllt, allerdings ist die notwendige Verwendung von zwei getrennten Stimmzetteln bei Gemeindevertretungs- und Bürgermeisterdirekt-Wahl weiterhin offen.

Die hohe Zahl an ungültigen Stimmen bei den letzten Gemeindevertretungswahlen war größtenteils auf die unklare Unterscheidungsmöglichkeit zwischen Gemeindevertretungs- und Bürgermeister-Direktwahl zurückzuführen.

Die Wählerinnen und Wähler müssen klar zwischen den verschiedenen Wahlgängen unterscheiden können. Für die Wahl in die Gemeindevertretung sowie für die Wahl des Bürgermeisters sind daher in Zukunft unbedingt zwei getrennte, farblich differierende Stimmzettel zu verwenden.



Macht braucht Kontrolle – Vorarlberg «entschwärzen»

Ein großes politisches Ziel muss es sein, die «Entschwärzung» des Ländles bei der Landtagswahl im September 2014 zu erreichen.

Leider hat die ÖVP mit rund 50% der Stimmen 100% der Macht. Und leider spielt das Parteibuch bei vielen Entscheidungen – wie zum Beispiel bei Umwidmungen oder Grundstücksgeschäften – immer noch eine wesentliche Rolle. Das kann's nicht sein.

Wir wollen mehr Freiheit und Unabhängigkeit für unsere Bürger. Wir wollen, dass für alle Bürger dieselben Maßstäbe gelten und es nicht mehr «Gleiche und Gleichere» gibt. Darum ist es unser erklärtes Ziel, die absolute Mehrheit der ÖVP zu brechen und damit dieses «Schwarze System der Macht» aufzubrechen. Ein gesunder «Wettbewerb der Ideen» befruchtet und muss platzgreifen.

Dafür treten wir ein:

- **Direkte Demokratie weiter ausbauen**
- **Öffentlichkeit von Ausschuss-Sitzungen des Landtages**
- **Akteneinsicht für Landtagsabgeordnete**
- **2 getrennte Stimmzettel bei Gemeindevertretungs- und Bürgermeisterwahl**
- **Mehr Freiheit und Unabhängigkeit für die Bürger**
- **Vorarlberg «entschwärzen» und gesunden Wettbewerb der Ideen schaffen**

«Für ein Vorarlberg, das eine regionale Landwirtschaft fördert und wertschätzt – sowohl im Tal als auch im Bergland»

Verantwortung zurückholen

Die Zukunft unserer klein strukturierten, auf Nachhaltigkeit bedachten Land- und Forstwirtschaft hat in erster Linie darunter zu leiden, dass die Produzentenpreise die hohen Auflagen, die zu erfüllen sind, nicht decken können und der Bürokratieaufwand aufgrund von EU-Vorgaben immens gestiegen ist. Wir wollen wieder mehr Verantwortung zurück ins Land holen und selbst und nicht über das weit entfernte Brüssel bestimmen, wie wir unsere Bauern stärken. Regionale Spielräume zur Landwirtschaftsförderung müssen viel stärker genutzt werden. Endziel ist eine Verlagerung der Landwirtschaftskompetenzen von der EU zurück in die Länder bzw. Regionen.

Vorarlberg als Modellregion der Regionalität

Regionale Produkte bedeuten nicht nur ein JA zur Heimat, sondern auch eine stärkere Bindung der Kaufkraft sowie die Sicherung der Nahversorgung und der Arbeitsplätze in der jeweiligen Region. Wir werden uns daher für mehr Produkte aus der Region in den Regalen des Handels einsetzen.



Alpwirtschaft sichern

Die heimischen Bauern brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit, um auch in Zukunft die ohnehin immer schwieriger werdenden Herausforderungen in der Produktion hochwertiger regionaler Lebensmittel erfolgreich meistern zu können.

Dazu zählt auch die Sicherung der heimischen Alpwirtschaft. Für die Zukunft muss sichergestellt sein, dass im Sinne der Planungssicherheit für die Bauern eine Flächenfeststellung für die gesamte Förderperiode gültig ist und die AMA einheitliche, nachvollzieh- und durchführbare Vorgaben für die Kontrolle erlässt. Es braucht eine praxistaugliche Lösung auf die sich die Bauern verlassen können, alles andere gefährdet eine flächendeckende Alpwirtschaft und damit unsere auch für den Tourismus wichtige Kulturlandschaft.



Faire Milchpreise

Unsere Milch, ein Lebensmittel von höchster Qualität, das von den heimischen Bauern sieben Tage in der Woche unter steigenden Anforderungskriterien produziert wird, wird leider immer mehr von den Supermarktketten als Lockangebot im Kühlregal missbraucht. Auf der Strecke bleiben unsere Bauernfamilien, die unter dem Milchpreisverfall zu leiden haben.

Der Wertschöpfungsanteil der Bauern am Endprodukt muss wieder auf gesunde Beine gestellt werden. Dazu braucht es eine verlässliche und tragfähige Allianz zwischen Erzeugern und dem Handel.

Vom Landwirt zum Energiewirt

Immer mehr Landwirte entscheiden sich aufgrund der sich negativ entwickelnden Erzeugerpreise zusätzliche Erwerbsquellen zu erschließen. Neben einem Engagement im Beherbergungsbereich («Urlaub am Bauernhof») spielt immer mehr die Nutzung von Biogas eine Rolle.



Die Forcierung von Biogasanlagen zur Erzeugung von erneuerbarem Strom aus Biomasse muss weiter ausgebaut und die Verwertung dieses Energiepotentials kontinuierlich optimiert werden.

NEIN zur Gentechnik

Mögliche Gesundheitsschädigungen von Mensch und Tier durch gentechnisch veränderte Pflanzen werden von der EU bewusst ignoriert und die Bestrebungen profitorientierter US-Konzerne, den freien Bauernstand in eine ausweglose Leibeigenschaft zu führen, unterstützt.

Die Nahrungsmittelsicherheit muss in der Kompetenz der einzelnen EU-Länder bleiben und darf nicht den Erpressungsversuchen von Großkonzernen zum Opfer fallen.

Selbstbestimmung und Gentechnikfreiheit sind Eckpunkte, die nicht durch irgendwelche Entscheidungen in Brüssel gefährdet werden dürfen.

Transparente Lebensmittelkennzeichnung

Verwirrung und dementsprechende Unsicherheit löst beim Konsumenten der nach wie vor in Österreich vorhandene Gütesiegel-Dschungel aus, der dringend durchforstet gehört.

Neben der Schaffung von klaren Kennzeichnungsvorschriften fordern die Freiheitlichen aber auch eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der teilweise bereits inflationär stattfindenden Verwendung des Vorarlberger Landeswappens im Lebensmittel- und Genussmittelbereich. Der Kunde assoziiert mit dem Landeswappen ein reines Vorarlberger Produkt, was oftmals allerdings nicht den Tatsachen entspricht. Unser erklärtes Ziel ist es, die aktuelle Situation umfassend zu beleuchten und nötigenfalls steuernd einzugreifen. Die Verwendung des Vorarlberger Landeswappens zu Werbezwecken muss äußerst sensibel erfolgen. Das sind wir den Konsumenten, aber auch den Produzenten heimischer Produkte schuldig.

Dafür treten wir ein:

- **Regionale Spielräume in der Landwirtschaftsförderung ausbauen**
- **Vorarlberg als Modellregion der Regionalität**
- **Alpwirtschaft sichern**
- **Faire Milchpreise – Allianz zwischen Erzeuger und Handel**
- **Forcierung von Biogasanlagen**
- **NEIN zur Gentechnik in der Landwirtschaft**
- **Transparente Lebensmittelkennzeichnung**

Das wollen wir in den nächsten 5 Jahren erreichen:

- **Alpflächen im bestehende Ausmaß durch Bewirtschaftung sichern**
- **Selbstversorgungsgrad v.a. bei Gemüse, Schweinen und Geflügel ausbauen**
- **100 % regionale Lebensmittel in Einrichtungen des Landes und der Gemeinden**

«Für ein Vorarlberg, das in der Energieversorgung möglichst unabhängig, sicher und sauber ist»

Fesseln fossiler Energieträger ablegen

Unser Ziel muss es sein, uns kontinuierlich aus der Geiselhaft von Gas und Erdöl zu befreien und die Fesseln fossiler Energieträger abzulegen.

Die Nutzung erneuerbarer Energieträger muss weiterhin forciert und konsequent vorangetrieben werden. Dabei sind sowohl Private als auch die Wirtschaft durch entsprechende Anreize zu unterstützen, Zwänge und Vorschriften zur Erreichung der notwendigen Energieziele lehnen wir ab.



Die Kraft der Sonne nutzen

Vorarlberg kann, was seine Kompetenz im Bereich der Solarenergie betrifft, auf eine erfolgreiche Vergangenheit zurückblicken. Allerdings sind wir noch lange nicht am Ende des Weges angekommen.

Wir haben nach wie vor Ausbaupotenziale, etwa im Bereich der Solarthermie (Heizung, Warmwasser) und der Fotovoltaik, die es gilt noch stärker zu nutzen. Die Nutzung der Sonnenenergie als größte Energiequelle ist unabdingbarer Eckpfeiler einer funktionierenden Energiewende und trägt maßgeblich zur Erreichung der Energieautonomie bei. Belastungen, wie die von der Bundesregierung jüngst eingeführte Sonnenstrom-Abgabe, lehnen wir entschieden ab.

Sanieren und Sparen

Das größte Potenzial, um die Energiekosten eines Haushalts zu reduzieren, liegt in der Heizung und steht somit im engen Zusammenhang mit dem Gebäude an sich. Investitionen in die Dämmung zahlen sich somit aus.

Von einer Gebäudesanierung profitiert nicht nur der Bauherr durch die Einsparung von Energiekosten, auch die heimische Wirtschaft und die Umwelt sind Profiteure einer energetischen Sanierung von Altbauten. Der Erhalt von Förderimpulsen in diesem Bereich durch das Land ist daher unabdingbar.

Energie aus heimischem Holz

Unser Wald leistet nicht nur eine wichtige Schutz- und Klimafunktion und dient als Erholungsgebiet, er ist auch ein ständig nachwachsender Energiespeicher, den wir verstärkt nutzen müssen.

Auf dem Weg hin zu einer möglichst nachhaltigen Energieversorgung im Land gilt es auch den Einsatz von Biomasse deutlich zu verstärken. Die Wertschöpfung bleibt dadurch in der Region und durch die CO₂-Neutralität leisten wir gleichzeitig einen Beitrag zum notwendigen Klimaschutz.



Aus Wasser wird Energie

Wir sind in der glücklichen Lage mit der Illwerke/VKW-Gruppe über ein erfolgreiches landeseigenes Energieunternehmen zu verfügen, das mit hoher Innovationskraft das vorhandene Wasserkraftpotential in Vorarlberg nutzt.

Unser Wasser stellt den einzigen, echten Bodenschatz in unserem Land dar. Die Nutzung dieser erneuerbaren Ressource zur Stromerzeugung ist daher naheliegend. Mit dem Pumpspeicherkraftwerk Kops II wurde in der jüngsten Vergangenheit ein wichtiger Schritt zur Sicherstellung einer eigenständigen Energiepolitik im Land gesetzt und mit der Realisierung des Obervermuntwerkes II wird ein weiterer Schritt folgen. Dennoch müssen wir die noch vorhandenen Potentiale zur Nutzung der Wasserkraft bestmöglich ausschöpfen und mögliche Projekte realisieren.

Gerade das ambitionierte Ziel der Energieautonomie verlangt nach einem kontinuierlichen Weiterbeschreiten des eingeschlagenen Weges der Wasserkraft und der Bereitschaft, diesen Weg auch auszubauen.



NEIN zur Atomkraft

In einem modernen, auf Sicherheit bedachten Europa bleibt kein Platz für risikobehaftete Kernenergie. Die Schweiz hält jedoch bekanntlich an ihrer Atompolitik und am Betrieb alter Reaktoren fest. Gleichzeitig wird auch intensiv an einem Atommüll-Endlager gearbeitet.

Für die Vorarlberger Freiheitlichen steht der Schutz der Gesundheit von Menschen über der freien Wahl von Energieträgern und wir werden uns weiterhin für die Wahrung der vitalen Interessen der Vorarlberger Bevölkerung stark machen.

NEIN zu Fracking

Die ökologischen Folgen von Fracking sind unabsehbar und eine derart risikobehaftete Technologie hat in einer modernen und zukunftsgerichteten Energiepolitik keinen Platz.

Anstatt mit riskanter Technologie die letzten fossilen Energieträger aus der Erde zu pressen und diese dann verseucht zurückzulassen, brauchen wir einen Umstieg auf 100% erneuerbare, sichere Energien.

Dafür treten wir ein:

- **Ausbau der Solarthermie und der Fotovoltaik**
- **Senkung des Energieverbrauchs durch Altbausanierung**
- **Biomasse-Offensive**
- **Ausbau der vorhandenen Potenziale in der Wasserkraft**
- **NEIN zur Atomkraft**
- **NEIN zu Fracking**

Das wollen wir in den nächsten 5 Jahren erreichen:

- **Ausbau der Wasserkraft bis 220 GWh**
- **jährlich 15.000 m² Solaranlagen**
- **jährlich 40.000 m² Photovoltaik**
- **Errichtung von Windenergieanlagen**
- **15 % Althausanierungsrate**
- **NEIN zu Fracking**

«Für ein Vorarlberg, das ein faires Miteinander von Mensch, Tier und Umwelt lebt»

Lebensgrundlagen erhalten

Ziel einer verantwortungsvollen Umweltpolitik muss die Sicherung unserer Lebensgrundlagen Boden, Luft, Wasser und Lebewesen sein. Mensch und Umwelt müssen sich ergänzen, Nutzungen unserer Ressourcen haben schonungsvoll im Sinne einer notwendigen Nachhaltigkeit zu erfolgen.

Miteinander von Mensch und Natur

Naturschutz soll keine einseitigen Reservate schaffen, aus denen der Mensch ausgesperrt wird, sondern er soll ein respektvolles Miteinander von Mensch und Natur ermöglichen. Schonendes Wirtschaften muss ebenso erlaubt sein, wie die Gewährleistung von Rückzugsgebieten für unsere Wildtiere.



Trinkwasser sichern

Sauberes Wasser ist nicht nur ein Bestandteil für eine intakte Umwelt und Lebenselixier für Mensch, Tier und Pflanzen, sondern es ist auch unser Kapital für die Zukunft (Trinkwasser, Energieerzeugung). Wir müssen daher diese so wertvolle Ressource langfristig sichern. Plänen in Richtung Wasserprivatisierung, von welcher Seite auch immer, erteilen wir eine entschiedene Absage.

Tierschutzland Nr. 1 werden

Mit der auf Initiative der Freiheitlichen erreichten Aufwertung des Tierschutzombudsmannes und der Ausarbeitung von transparenten Förderrichtlinien für Tierschutzorganisationen sind wir unserem Ziel, Tierschutzland Nr. 1 zu werden, entscheidende Schritte näher gekommen. Dieser Weg wird von uns fortgesetzt und wir sind be-

müht, die Rahmenbedingungen für einen umfassenden Tierschutz kontinuierlich zu verbessern.



Schluss mit Lebendtiertransporten

Tiere sollten möglichst in ihrer natürlichen Umgebung belassen werden. Leider werden jährlich immer noch Millionen Tiere oftmals unter Qualen und tagelang quer durch Europa transportiert. Diese tierquälerischen Transporte müssen ein Ende finden.

Dafür treten wir ein:

- **Sicherung der Lebensgrundlagen Boden, Luft, Wasser und Lebewesen**
- **Schonende und nachhaltige Nutzung der Umwelt**
- **NEIN zur Wasserprivatisierung**
- **Tierschutzland Nr. 1 werden**
- **STOPP von Lebendtiertransporten**

Das wollen wir in den nächsten 5 Jahren erreichen:

- **Evaluierung und Vereinfachung der Tierschutzförderungsrichtlinie**
- **Schaffung zusätzlicher Wildruhezonen**
- **Beschäftigungsausmaß des Tierschutzombudsmannes auf 100% erhöhen**
- **Umsetzung des Trinkwasservorsorgekonzeptes**







Verantwortlich für den Inhalt:

Vorarlberger Freiheitliche – FPÖ

Arlbergstraße 79

6900 Bregenz

Tel.: 05574/46 445-0

Fax: 05574/46 445 75

Mail: geschaeftsstelle@vfreiheitliche.at

www.vfreiheitliche.at

Die Heimatpartei.

